

# GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

### Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

### Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 6.  
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27, 1.  
Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheudtitz.  
Redaktionsschluß: Sonnabend.

### Insertion.

Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

## Bekanntmachungen.

### An alle Mitgliedschaftsvorstände

sandten wir am 1. Oktober das übliche Quartalsmaterial mit informierendem und orientierendem Zirkular, welches wir in allen Teilen zu beachten bitten. Sollten einzelne Mitgliedschaften nicht in den Besitz der Sendung gelangen, bitten wir behufs Nachlieferung um baldgefl. Mitteilung.

Der Hauptvorstand.

### Lohnbewegungen.

**Leipzig.** In der Firma Felix Lasse, Blechemballagefabrik, erhielten durch Verhandlungen mit dem Verband 15 Steindruckerkollegen je 1 Mk. wöchentliche Lohnzulage.

### Gesperrt.

Stellungnahme in allen folgenden Firmen zieht den Verlust der Mitgliedschaft nach sich.

Für Lithographen, Steindrucker usw.:  
**Aachen.** Firma William Prym, Stolberg (Rheinland).

**Berlin.** Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann.  
Angerer (für Kupferdrucker).

**Borsdorf bei Leipzig.** Firma Alexander der Schumann, Inh. Gräbner (für Wachstuchdrucker).

**Bramsche** (für Formstecher und Tapetendrucker).

**Coswig i. Sa.** »Coswiger Tapetenfabrik« (für Formstecher).

**Frankfurt a. M.** Heß & Janke (für alle Berufe).

**Köln a. Rh.** Blechemballagefabrik Pepys & Waldhausen.

**Kötzschenbroda bei Dresden.** Robert Mittelbach, Kunstanstalt Globus (für alle Berufsgruppen).

**Langenhagen b. Hannover.** Norddeutsche Tapetenfabrik, Inh. Holscher & Breimer (für Tapetendrucker).

**Lüneburg.** (Für Tapetendrucker).

**Metz.** W. Leininger Nachf. Frankenberger.

Für Chemigraphen:

**Berlin.** Huch & Co.

**Chemnitz.** A. Jülich; Köhler & Richter.

**Dresden.** Mittelbach; C. Schemmel; Stengel & Co.; Mejo & Markt.

**Erfurt.** Ohlenrot'sche Buchdruckerei.

**Hamburg.** Nelles & Komp.

**Leipzig.** Mejo & Springer; C. Wittstock.

**Stuttgart.** Gebr. Rößle.

Im Ausland:

**Belgien.** Brügge: Fa. La Lithographie Artistique, Desecleé De Brouwer Cie.  
Brüssel: Firma Rissel & Co. (für Formstecher).

**Dänemark.** Kopenhagen (Kupferdr.).  
Bibow: A. Jakobsen - Kopenhagen (Chem.).

**Frankreich.** Lille und alle nördlichen Bezirke wegen Streik um die 9 stündige Arbeitszeit.

**Holland.** Krommenie: Verwers Metaal-drukkery (Lithogr. und Steindr.).

**Oesterreich.** Graz. Lemberg.

**Krakau.** Firma Zorza.

**Prag-Lieben.** M. Grab Söhne, Wachstuch- und Linoleumdrucker.

**Rußland.** Grodno: Vor Stellungnahme Erkundigung einzuziehen bei H. Leopold, Stettin, Heinrichstr. 41, II.

**Schweden** wegen Generalaussperrung und -Streik.

**Schweiz,** für Chemigraphen wegen Ein- und Durchführung des Tarifs.

**Basel:** Firma Manissadjan & Cie. (für alle Berufe).

**Zürich:** Art. Inst. Orell Füllli (für alle Berufe).

### Tarifamt für Deutschlands Chemigr. und Kupferdrucker.

Die Firmen Heß & Janke, Frankfurt a. M. und Huch & Co., Berlin, Lindenstraße 3 sind aus dem Verzeichnis der trittretuen Anstalten zu streichen.

Berlin, 30. September 1909.

Georg W. Büxenstein, Prinzipal-Vors.  
Alb. Hehr, Gehilfen-Vorsitzender.

### Inhalt.

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Die amerikanische Zolltarifrevision. Rundschau. Politische Monatschau. Die Jugendbewegung und die Gewerkschaften, I. Wirkungen der Tabaksteuer, I. Briefkasten. — **Allgemeines:** Gewerkschaftliche Taktik. Ortsberichte: Hannover. — **Der Lithograph:** Brief aus Thorn. Brief aus Finnland. Aus den Sektionen: Leipzig. — **Der Steindrucker:** Eine Steindrucker-Konferenz? — **Die photomech. Fächer:** Die Lichtdrucker-Konferenz. Die Preiskonvention im Chemigraphiegewerbe, I. — **Die Tapetenbranche:** Aus den Sektionen: Berlin, Leipzig-Zweinfurth. — **Feuilleton:** Nach Amerika. Eingänge. — **Anzeigen.**

## Die amerikanische Zolltarifrevision.

Die Revision des Zolltarifs in Amerika, die die deutsche Industrie schon seit Ende vorigen Jahres in Atem hält, ist beendet. Und wenn betont wird, daß die Befürchtungen, mit denen man in Deutschland die Entwicklung der Dinge in Amerika beobachtete, nicht nur vollauf berechtigt waren, sondern schließlich noch überboten worden sind, so ist damit durchaus nicht zuviel gesagt. Zollherabsetzungen wurden fast nur dort durchgeführt, wo die Amerikaner die ausländische Einfuhr nicht zu fürchten haben, während man bei allen Waren, die in großen Mengen in die Vereinigten Staaten eingeführt wurden, Zollserhöhungen durchführte, die in ihrer Wirkung einem Einfuhrverbot gleichkommen werden. Das wird sich in erster Linie bei den Erzeugnissen des polygraphischen Gewerbes, speziell bei den Postkarten, zeigen.

Vielleicht nicht sofort, wenigstens nicht im ganzen Umfange. Vorerst werden die amerikanischen Konsumenten die Zeche zu zahlen haben. Trotzdem sind auch jetzt, also kurz nach dem Abschluß der Revision, die Wirkungen für die deutschen Produzenten schon verderblich in ausgedehntem Maße, wie die Einstellung mehrerer Betriebe in Koburg, Frank-

furt a. M., Leipzig usw. und die Produktions-einschränkung in vielen anderen Anstalten lehrt. Zum Teil wird diese Tatsache allerdings auch auf den Umstand zurückzuführen sein, daß in der Zeit, in der der neue Zolltarif in der Schwebe hing, der amerikanische Markt mit Produkten geradezu überschwemmt wurde, um möglichst viele Waren noch zu den alten niedrigeren Zollsätzen einführen zu können. Um so stärker ist jetzt der Rückschlag! Aber natürlich wird auch die durch die Zollserhöhungen bedingte Verteuerung der Produkte einen starken Rückgang des Verbrauchs zur Folge haben, was wieder auf die Produktion von schwer schädigendem Einfluß sein muß. Dieser wird viel größer sein wie der Einfluß der Konkurrenz der amerikanischen Postkartenfabriken, die ja durch die Tarifrevision angeblich auf die Beine gebracht werden sollten, auf die deutsche Produktion. Diese Konkurrenz wird vorläufig noch nicht allzugesährlich sein. Aber mit der Ausdehnung und Erweiterung der amerikanischen Betriebe wird sie dauernd gesteigert werden und die deutsche Industrie auf dem amerikanischen Markt vollständig ausschalten. Das wird in absehbarer Zeit die Folge der amerikanischen Zolltarifrevision sein, und neben den amerikanischen Postkartenverbraucher werden die deutschen Postkartenhersteller die Kosten für diese wilde Hochschutzzollpolitik zu tragen haben.

Wenn auch bei den Zolltarifverhandlungen irgend welche Rücksichtnahme auf die ausländischen Produzenten von vornherein nicht zu erwarten war, so hätten doch mindestens auch im nationalistischen Gegenwartsstaat die einheimischen Konsumenten ein Anrecht auf weitgehende Berücksichtigung ihrer Interessen gehabt. Aber diese wurden von den Hochschutzzöllnern in Amerika genau so unter die Füße getreten, wie bei der Durchführung des

Zollwuchers in Deutschland die Interessen der deutschen Konsumenten durch die deutschen Hochschutzzöllner unter die Füße getreten worden sind. In Amerika wurde der Zolltarif mit denselben skrupellosen Mitteln zur Durchführung gebracht wie seinerzeit in Deutschland die Wucherzölle durchgedrückt wurden.

Hauptsächlich begründete man die Notwendigkeit der Zolltarifrevision in Amerika, speziell für die Erzeugnisse des polygraphischen Gewerbes, damit, daß die Arbeiterlöhne in Deutschland um zwei Drittel niedriger seien wie in Amerika. In einer Petition des Schutzverbandes der amerikanischen Postkartenfabrikanten an das mit den Vorverhandlungen der Tarifrevision betraute Komitee wurde gesagt:

»Das amerikanische Erzeugnis würde gekauft, wenn das ausländische Produkt nicht so billig an den hiesigen Markt eingeführt werden könnte. Während in Europa viele Arbeiter nur zwischen 5 bis 6 Dollar pro Woche verdienen, erhält der amerikanische Arbeiter für die gleiche Klasse Arbeit von 18 bis 25 Dollar wöchentlich.«

So groß ist der Unterschied zwischen den amerikanischen und deutschen Arbeiterlöhnen zweifellos nicht, wenn auch leider nicht bestritten werden kann, daß ein starker Kontrast besteht. Der Durchschnittslohn der deutschen Lithographen und Steindrucker beträgt etwa 29 Mk., während in der Petition 20—24 Mk. angegeben sind. Die deutschen Löhne sind also höher wie die Hochschutzzöllner behaupteten. Aber wenn das deutsche Unternehmerorgan schrieb, sie wären tatsächlich ungefähr doppelt so hoch, wie man in Amerika angab, so macht es sich derselben Uebertreibung wie die amerikanischen Hochschutzzöllner schuldig, nur in anderer Richtung. Bezeichnend ist es aber, daß die Schöpfer der Tarifbill dem Senat die amtlichen Angaben über die deutschen Löhne, durch die ihre Zahlen berichtigt wurden, so lange vorenthielten, bis die Annahme der Zoll-

tarifrevision schon unmittelbar und bombensicher bevorstand.

Von besonderem Interesse für uns ist es aber, wie die deutschen Steindruckunternehmer und ihre Presse die Tatsache, daß die deutschen Löhne niedriger sind wie die amerikanischen, abzuschwächen versuchten. Das »Deutsche Steindruckgewerbe« behauptete schlankweg, der amerikanische Arbeiter leiste viel mehr als der deutsche, und im Druckerei-Anzeiger wurde eine Unterredung eines Vertreters der New-Yorker Handelszeitung mit dem Direktor Feinberg der Firma Albrecht & Meister in Berlin wiedergegeben, wonach sich dieser wie folgt ausgesprochen haben soll:

»Fernerhin darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß die Leistungen der amerikanischen Arbeiter keineswegs mit denen der deutschen verglichen werden können. . . . Wenn wir . . . in Betracht ziehen, daß der amerikanische Drucker die doppelte Auflage leisten muß wie in Deutschland, so gleicht sich die Differenz in der Lohnzahlung vollständig aus. Ebenso verhält es sich mit den Graveuren und Lithographen, die in Amerika ebenfalls intensiver arbeiten.«

Um die Protestbewegung gegen die amerikanische Zolltarifrevision nicht zu stören, haben wir, so schwer es uns auch wurde, zu diesen Behauptungen bis jetzt geschwiegen. Heute hindert uns nichts mehr, diese maßlosen Beleidigungen der graphischen Arbeiter, denen nichts anderes nachgesagt wird, als daß sie viel fauler seien wie ihre Kollegen jenseits des Ozeans, ganz entschieden zurückzuweisen. Die Intensität der Arbeit im Steindruckgewerbe Deutschlands hat durch das Antreiber- und Schwitzmeistersystem ein Maß erreicht, das auch in Amerika nicht mehr überboten werden kann. Sollte drüben tatsächlich noch mehr geleistet werden, was noch lange nicht bewiesen ist, so kann es nur auf Kosten der Qualität der Arbeit oder dadurch möglich sein, daß der Betrieb in Amerika viel rationeller ist wie in Deutschland. Das wird sogar vom »Deutschen Steindruckgewerbe« leise angedeutet, das z. B. die behauptete größere Leistungsfähigkeit der amerikanischen Maschinenmeister auf die »größere Leistungsfähigkeit der amerikanischen Schnellpressen« zurückführt. Daß die deutschen Betriebe nicht ebenso rationell eingerichtet sind, ist aber nicht die Schuld der deutschen Arbeiter, die man daher in Zukunft mit ähnlichen grundlosen Anwürfen gefälligst verschonen möge.

Alle diese »Erklärungsversuche« der deutschen Steindruckunternehmer haben aber die Tatsache nicht aus der Welt schaffen können, daß sie auf dem amerikanischen Markt sowohl untereinander als auch gegenüber den amerikanischen Unternehmern maßlose Preisunterbietungen getrieben haben. Und gerade diese Schmutzkonzurrenz bildete für die amerikanischen Hochschutzzöllner das wirksamste Argument zur Förderung ihrer auf die Ausschaltung der deutschen Industrie auf dem amerikanischen Markt gerichteten Pläne. »Das amerikanische Erzeugnis würde gekauft, wenn das ausländische Produkt nicht so billig an den hiesigen Markt eingeführt werden könnte«, heißt es in der vorhin erwähnten Petition. Und im Repräsentantenhaus führte Payne bei der einleitenden Begründung des Tarifs aus: »Wir hoffen, der Erfolg der Zollsteigerung wird sein, daß die Masse dieser Karten von den Arbeitern der Vereinigten Staaten angefertigt wird, und nicht von den Arbeitern in Deutschland.« Ist es angesichts derartiger Argumentierungen ein Wunder, wenn sich im Schlepptau der Hochschutzzöllner auch die amerikanischen Kollegen, deren politischer Horizont leider noch eng begrenzt ist, befunden haben?

Die deutschen Unternehmer, die durch möglichst weitgehende Niederhaltung der Arbeiterlöhne die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie im Ausland angeblich fördern wollten, haben gerade durch diese Niederhaltung ein ungeheures Absatzgebiet für deutsche Waren vollständig auf's Spiel gesetzt. Als der Gipfel der borniertesten Einsichtslosigkeit muß es daher erscheinen, wenn der Landtagsabgeordnete Dr. Wendland als Abwehrmittel gegen die Schädli-

gungen durch den neuen Zolltarif in einer Versammlung des Bundes der Industriellen auch die »Verständigung mit der deutschen Arbeiterschaft auf gutlichem oder nichtgutlichem Wege über die Höhe der Löhne« bezeichnete und wenn der genannte Bund folgende »Erklärung« erließ:

Zum neuen amerikanischen Zolltarif erklärt der Bund, daß die einzige Möglichkeit, den zum größten Teil erhöhten Zolltarif der Vereinigten Staaten, der namentlich die deutsche Kleisen- und Textilindustrie schwer treffe, wirksam zu begegnen, darin zu erblicken sei, daß die Gesteuungskosten auf Grund der bei uns bislang noch billigeren Lebenshaltung wesentlich geringer bleiben müßten. Es erweise sich die Entschliebung aller beteiligten Kreise in Deutschland, die Erzeugungskosten weder direkt noch indirekt zu erhöhen, als die beste Abwehr der amerikanischen Einfuhrschwierigkeiten. Diese Entschliebung müsse nicht nur bei der deutschen Regierung und beim Reichstag, sondern auch bei den deutschen Arbeitern Platz greifen.

Jeder weitere Ausbau der sozialen Gesetzgebung soll also unterbleiben und die Arbeiter sollen sich außerdem noch Lohnherabsetzungen ruhig gefallen lassen! Sogar das »Berliner Tageblatt« sieht sich angesichts dieser Zumutungen zu der Bemerkung veranlaßt:

Der Bund der Industriellen scheint gar keine Ahnung davon zu haben, weshalb Amerika besonders die Zölle auf eine Reihe von Textilwaren erhöht hat. Es sind die Hungerlöhne, wie sie besonders in einzelnen sächsischen Industrien gezahlt werden, die in den Vereinigten Staaten, wo man den Arbeiter ganz anders zu entlohnen pflegt, sehr viel böses Blut gemacht haben und die dazu beitragen, daß die gesetzgebenden amerikanischen Körperschaften diesen Erhöhungen zustimmen. Man spricht schon jetzt jenseits des Ententeichs unumwunden von der sächsischen Schmutzkonzurrenz. Wenn also die Arbeiterlöhne noch weiter herabgesetzt werden sollten, so hätte das nur die Wirkung, daß Amerika die Textilzölle von neuem heraufsetze.

Das trifft in demselben Maße wie für die Textilindustrie auch für das polygraphische Gewerbe zu. Nur durch die Hebung der Lage der deutschen Arbeiter werden wir den Hochschutzzöllnern im Ausland die triftigsten Argumente für ihre Bestrebungen aus der Hand zu winden vermögen. Einer rationelleren Gestaltung der Betriebe zur Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt wird sich die deutsche Arbeiterschaft jederzeit anzupassen suchen. Ebenso entschieden wird sie es aber ablehnen, zur Erhaltung und Förderung der Konkurrenzfähigkeit auf Kosten der Arbeiterlöhne, also durch Schmutzkonzurrenz, ihre Hand zu bieten. Sie will nicht dazu beitragen, daß dadurch weitere Absatzgebiete völlig verloren gehen!

## Rundschau.

**Unternehmer-Freundlichkeit.** Folgendes Vorkommnis fand, wie uns aus Bonn a. Rh. berichtet wird, kürzlich durch das Gericht seine Erledigung. Die Firma H. Strauven, Tapetenfabrik in Bonn, stellte vor einigen Jahren mehrere Tapetendrucker ein, mit welchen beim Engagement folgende Abmachung getroffen wurde: »Außer dem vereinbarten Wochenlohn werden jährlich 100 Mk. auf ein Sparkassenbuch eingezahlt, welches die Firma in Verwahrung nimmt. Nach 6jähriger Tätigkeit sollen 500 Mk. nebst den Zinsen ausgezahlt werden.« Auf diese Weise hatte die Firma dauernd die Druckerposten besetzt. Voriges Jahr im Herbst wurde nun der Kollege N. an einem Samstag plötzlich ohne Angabe des Grundes entlassen unter sofortiger Auszahlung des Lohnes für 14tägige Kündigungsfrist. Diese Machination der Firma kann man ganz gut verstehen, denn im Januar d. J. sollte der Vereinbarung gemäß der Kollege N. sein Sparkassenbuch über 500 Mk. nebst Zinsen bekommen. Der Kollege war während seiner Tätigkeit in der Firma in unsern Verband eingetreten, der ihm den statistischen Rechtsschutz gewährte, in einem Klageverfahren, das fast ein Jahr dauerte, wurde die Firma zur Zahlung der 500 Mk. nebst Zinsen und zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. Der Kläger konnte durch einen Zeugen bekunden, daß die Abmachung über das Sparkassenbuch tatsächlich getroffen worden war. Darnach stellte sich die Firma auf den Standpunkt, daß der Kläger am Tage der Fälligkeit der Zahlung nicht mehr in ihrer Fabrik tätig gewesen sei; daher sei der Anspruch erloschen. Das Gericht ließ diesen Einwand nicht gelten und kam zur genannten Verurteilung der Firma. Der Fall zeigt klar und deutlich die Fadenscheinigkeit der sogenannten »Wohlfahrtseinrichtung« in manchen Betrieben. Die Kollegen können daraus sehen, wie gefährlich es ist, Engagements mit Spar- oder Gratifikations-Klauseln einzugehen, denn die Unternehmer

haben stets nur ihren Nutzen im Auge. Wir sind neugierig, ob die Firma Strauven in den nächsten Fällen wegen der Herausgabe der Sparkassenbücher auch wieder erst verklagt werden muß.

**Offene Stellen für Amerika?** Zu diesem Thema schreibt uns Herr Paul Trabert, Leipzig-Plagwitz: »Gegenwärtig werden unter Chiffre allererste Kräfte für Lichtdruck zur Abreise in das Ausland gesucht. Es würde sehr zu empfehlen sein, wenn sich engagierte Leute vor dem Verlassen ihrer Heimat erst eingehend über die Verhältnisse in Amerika, um welches es sich allein handeln kann, erkundigen wollten, da sie dann vor einem Hereinfallen verschont werden. Erst vor ca. 8 Tagen von meiner dritten Amerika-Reise zurückgekehrt bin ich in der Lage, den gegenwärtigen Stand der Ansichtskarten-Branche gut schildern zu können. Ich weiß, daß verschiedene New-Yorker Firmen mit der Errichtung von Lichtdruckanstalten beginnen. Keiner dieser Firmen aber wird es gelingen, innerhalb der nächsten Jahre ein auch nur einigermaßen brauchbares Fabrikat zu liefern, wenigstens nicht rationell. Während der Zeit der Einrichtung wird jedenfalls mit dem Personal unzählige Male gewechselt, so daß ein Einarbeiten des gesamten Apparates unmöglich sein wird. Die Schuld wird einzig und allein auf das Personal geschoben und dieses rücksichtslos entlassen. Ob einzelne dadurch in große Not geraten, kümmert die mir bekannten Gründer nicht; denn eine Gefühlsduselei kennt kein Amerikaner, wenn es sich um Geld handelt. Den Unternehmungsgeist, den die Amerikaner haben sollen, findet man bei Leuten unserer Branche nicht und wird nur ein kleiner Betrag riskiert, so lange noch Aussicht vorhanden ist, daß das festgelegte Kapital einen schönen Verdienst abwirft. Die Gründer glauben eben auch heute noch das Märchen, daß jede deutsche Postkarten-Druckerei jährlich ein Vermögen abgeworfen hat. Gar zu schnell dürften sie aber eines anderen belehrt werden. Ich kann daher nicht dringend genug warnen, einen nur einigermaßen guten sicheren Posten aufzugeben. Der Lohn in doppelter, selbst dreifacher Höhe darf nicht bestechen, denn er ist nicht besser, als der einfache Lohn in Deutschland. Auf keinen Fall aber dürfte ein wenig geübter Arbeiter den Versuch wagen, drüben seine Verhältnisse zu verbessern. Wer seine Unternehmungslust nicht zügeln kann, sollte wenigstens im Besitz von ca. 1000 Mk. sein, um in der Zeit der Stellenlosigkeit nicht zu verhungern, oder gezwungen zu sein, die gewöhnlichste Arbeit zu verrichten. Zu jeder weiteren Mitteilung bin ich gern bereit. Jedenfalls werden wir durch unsere nach Amerika entsandten Vertreter, die sich bereits wieder auf der Rückreise befinden, bald weiteres über die amerikanischen Verhältnisse erfahren können.«

**Ueber Sonderabmachungen innerhalb einer Tarifgemeinschaft** brachte die Postkarte vom 17. September folgende Notiz: »Eine Lichtdruckanstalt in Köln telegraphierte an einen Maschinenmeister, der sich aus Berlin mit 45 Mk. Wochenlohn anbot, »Kommen Sie«. Als er ankam, ließ man ihn die Arbeitsordnung unterschreiben, die eine vierzehntägige Probezeit vorsieht. Nach Ablauf der vierzehn Tage wurde er entlassen, weil er, wie der vor dem Gewerbegericht Beklagte vorgab, durch seine schlechte Arbeit einen Schaden von 176,64 Mk. verursacht habe. Der Kläger bestritt dies und verwies auf den Tarif, wonach besondere Abmachungen, wie vierzehntägige Probezeit, als unzulässig zu betrachten sind. Das Gericht entschied: Dadurch, daß der Kläger den Dienstvertrag und die Arbeitsordnung unterschrieben hat, hat er sich den darin enthaltenen Bedingungen unterworfen und dieselben ausdrücklich als für sich geltend angenommen. Nach § 5 der Arbeitsordnung kann die Auflösung des Arbeitsverhältnisses in den ersten vierzehn Tagen ohne Kündigung erfolgen. Dem Tarif widersprechende Abreden erachtet das Gericht für zulässig. Die Klage war daher als unbegründet abzuweisen.« Die Firma nennt sich tariffrei. Auf ihre Tariftreue wirft allerdings die dem Tarif widersprechende Arbeitsordnung ein eigentümliches Licht. Allerdings sollten auch die Kollegen bald wissen, daß sie derartige tarifwidrige Arbeitsordnungen nicht unterschreiben dürfen.

**Eine Preiskonvention für Autobuntansichtskarten** ist nach der »Postkarte« im Entstehen begriffen. Sie schreibt dazu: »Auf demselben Wege wie die Bromsilberkarten Interessenten eine gegenseitige Konvention von Fabrikanten und Grossisten treffen, suchen auch die in ganz ähnlicher Lage befindlichen Autochromdrucker eine Verständigung, durch welche beiden Teilen ein Rückhalt gegen den drohenden Niedergang des Geschäfts gegeben werden soll. Der Schutzverband für die Postkarten-Industrie hatte eine Kommission für Autobunt eingesetzt, die wegen einer Preisverständigung bereits mehrere Sitzungen abhielt (die letzte Besprechung war am 20. September in Leipzig) und die Vorarbeiten nahezu erledigt hat.«

**Hans Thoma**, der innige, gemütsstiefe deutsche Maler, beging am 2. Oktober seinen 70. Geburtstag. Der Stoffandrang im Feuilleton macht es uns leider unmöglich, die große Bedeutung dieses deutschen der deutschen Maler für das Volk heute zu würdigen. Vielleicht wird es uns aber nach dem Abschluß der Reisebriefe aus Amerika möglich sein. Heute beschränken wir uns darauf, den Wunsch auszudrücken, daß der Meister dem Volke noch lange erhalten bleiben möchte. Denn für dieses schafft und ar-

beitet er. Seine Kunst ist dem Volke geweiht, zu dessen Erhebung und Erbauung sie dienen soll.

**Eine Ueberstundensteuer** von einem Penny (8 Pf.) auf jede Ueberstunde zum Zwecke der Beschaffung von Mitteln zur Unterstützung der Arbeitslosen hat ein Sonder-Ausschuß der Londoner Setzergesellschaft empfohlen. Bei einer schätzungsweise Annahme von 8000 Ueberstunden im Monat würde dies eine Summe von 4000 Pf. St. (80000 Mk.) jährlich ergeben. Diese Summe könnte zur Verlängerung der gewöhnlichen Unterstützung in außergewöhnlich schlechten Zeiten verwendet werden. Klüger wäre es jedenfalls, auf eine Vermeidung jeder Ueberzeitarbeit hinzuwirken. Dadurch würde für viele Arbeitslose Arbeitsgelegenheit geschaffen, worüber sie jedenfalls mehr erbaute sein würden, wie über eine Unterstützung, die aus auf ihre Kosten erworbenen Mitteln fließt.

**Der Kampf in Schweden** dauert fort! Die Verhandlungen blieben ergebnislos. Aus Stockholm wurde darüber gemeldet: Die Verhandlungen sind endgültig gescheitert. Die Bedingungen der Unternehmer sind für die Arbeiter unannehmbar. Die Gewerkschaften werden den Kampf fortsetzen mit all der Kraft, die die schwedischen Arbeiter entfalten können. Hilft uns die internationale Solidarität wie bisher, so sind wir wegen des Ausganges nicht bange! Nur der Hunger wird unsere Phalanx brechen können. Wir hoffen, daß die Arbeitsbrüder in anderen Ländern nach Möglichkeit helfen werden, diesen Kampfgenossen der Unternehmer, auf den sie rechnen, zu bannen. Die deutschen Arbeiter werden die Hoffnungen des schwedischen Unternehmertums zu nichte machen helfen. Die schwedischen Kämpfer sollen nach wie vor eine feste Stütze an der deutschen Arbeiterschaft finden. *Kollegen, beteiligt euch rege an den Streiksammlungen!*

**Der Arbeitsmarkt im August** war nach dem Bericht des Reichsarbeitsblattes No. 9 in den einzelnen Industrien und den verschiedenen Teilen Deutschlands nicht gleichartig, doch ist überwiegend eine allmähliche Aufwärtsbewegung der Beschäftigungskurve eingetreten. Zwar war die Lage auf dem Ruhrkohlenmarkt unverändert unbefriedigend, jedoch lauteten die Nachrichten aus den schlesischen Revieren und aus dem mitteldeutschen Braunkohlengebiete vorwiegend günstig. Besonders der Absatz von Haubrandkohle zur Auffüllung der Wintervorräte hat sich gehoben. Auch in der Metall- und Maschinenindustrie belebte sich der Geschäftsgang. Der Stahlwerksverband konnte seinen Versand steigern. Ebenso hat sich die ungünstige Lage der Oelferereien teilweise — so in Sachsen und Westdeutschland — gebessert. Die elektrische Industrie war ebenfalls höher beschäftigt als im Vormonat. Das **Baugewerbe** verzeichnete fast allenthalben noch eine befriedigende Tätigkeit. Eine zum Teil stark erhöhte Beschäftigung trat in den verschiedenen Zweigen der Bekleidungsindustrie ein. Teilweise, vor allem in den Großstädten, herrschte Mangel an Arbeitskräften. Dagegen hatte die Textilindustrie noch immer unter ungünstigen Verhältnissen zu leiden. Die Lage der Tabakindustrie hat sich nach der ungünstigen Seite hin verändert. Auf die angestregte Tätigkeit, die im Vormonat und auch noch in der ersten Hälfte des Berichtmonats herrschte, ist mit dem 15. August, dem Tage des Inkrafttretens des Wertenerzuschlages auf Rohtabak, zunächst ein empfindlicher Rückschlag gefolgt. Auch im Brauereigewerbe hat seit der Mitte des Monats teilweise einsetzende Preiserhöhung ein zeitweiliger Rückgang des Absatzes Platz gegriffen.

## Politische Monatschau.

Der Fall Schücking. Das Versagen des Freisinn. Die Regierung als Mandat der Konservativen. Das kommende Beamtenkoalitionsrecht. Maßregelung durch die Reichspost. Der Verein für Sozialpolitik.

Die Regierungen, besonders aber die preußische, kennen für alle unangenehmen Dinge nur ein Rezept. Ganz schablonenhaft wird in der rücksichtslosesten Weise alles verfolgt, was sich irgend etwas freier hervorwagt. Das hat uns klar und deutlich der bekannte Fall Schücking bewiesen. Weil dieser wahrhaft freisinnige Bürgermeister es wagte, das korrupte preußische Verwaltungssystem wahrheitsgemäß abzukontrollieren, darum ging man in aller Schärfe disziplinarisch gegen diesen Mann vor. Für jeden logisch Denkenden liegt es völlig klar, daß dabei für die Regierung die Möglichkeit vorlag, alles Falsche an den Behauptungen Schückings auf das glänzendste zu widerlegen. Erschienen ihm die Behauptungen des Bürgermeisters von Husum wirklich ernst, und das beweist ja die Erhebung der Anklage, so mußte sie versuchen, in aller Öffentlichkeit die Haltlosigkeit der vorgebrachten Beschwerden nachzuweisen. Auf ein so gefährliches Experiment läßt man sich aber bei uns nicht ein. Es erscheint der Regierung wohl schlimm genug, daß sie keine Handhabe hatte, die Herausgabe des Buches zu verhindern. Nun aber durch öffentliche Verhandlung die ganze Blamage unserer bürokratischen Staatsverwaltung der Allgemeinheit preiszugeben, das ging doch wirklich nicht an. Darum versuchte man das Opfer unserer sogenannten verfassungsmäßigen Zustände hinter verschlossenen Türen abzuwürgen. Es nutzte dem ehemaligen Bürgermeister auch nichts, daß er schon längst sein Amt niedergelegt hatte. Da man ihm den Posten nicht mehr nehmen konnte, so nahm man ihm den Titel

und die Pensionsberechtigung. Im christlichen Staate ist Rache nun einmal notwendig.

Jämmerlich feige ist bei dieser Angelegenheit wieder das Verhalten der Freisinnigen gewesen. Außer einigen lendenlahmen Redensarten ist kein Versuch gemacht worden, den politischen Gesinnungsgenossen zu retten. Beileibe nicht die ehemaligen konservativen Blockgenossen vor den Kopf stoßen! Schließlich kann man auch wirklich nicht verlangen, daß ordnungsgeschmückte demokratische Helden der Regierung ernstliche Schwierigkeiten bereiten sollen. Es mutet beinahe komisch an, wenn statt dessen der konservative »Reichsbote« unwillig über das ganze Disziplinarverfahren urteilt:

»Der Kern der Sache bleibt doch der: Schücking hat an verschiedenen behördlichen Organen Kritik geübt, in der er als Beamter in der Form sich stark vergriffen hatte, die aber durchaus nicht jeder inneren Berechtigung entbehrte. Die Wahrheit seiner verschiedenen Bemängelungen ist vom Oberverwaltungsgericht nicht in Zweifel gezogen worden, deshalb hat man nicht gut daran getan, den bei uns leider meist üblichen Weg einzuschlagen und aus den hohen Wahrheiten Beleidigungen der Behörden zu konstruieren, anstatt den Grund zu solcher Kritik freimütig zu beseitigen, ernsthaft den Mängeln nachzugehen und ihnen künftig vorzubeugen.« Es muß peinlich berühren, wenn der höchste preußische Verwaltungsgerichtshof einen Mann, der seine Beamteneigenschaft freiwillig abgelegt hat, noch vor das Forum disziplinarer Rechtsprechung zieht, wo dieser gar nichts mehr zu suchen hat. Durch die Amtsniederlegung Schückings hat das Verfahren sein natürliches und selbstverständliches Ende gefunden. Warum also mit aller Gewalt abermals einen »Martyrer« machen, und eine an sich nur unziemliche Tat durchaus zu einer schimpflichen Stempel?»

Ganz mit Recht bemerkt dazu das demokratische »Berliner Tageblatt«: Solche kräftigen und im Kern durchaus berechtigten Worte haben wir, als das Urteil des Oberverwaltungsgerichts gegen Schücking gefällt worden war, in manchen liberalen Blättern vergebens gesucht.

Diese Sucht der Regierung, jeden unbequemen Kritiker sofort möglichst vollständig zu vernichten, kennzeichnet das schlechte Gewissen. Einige prächtige Beispiele, wie preußische Beamte im Auftrage der Regierung für bestimmte Parteien tätig sein müssen, gibt Herr von Gerlach in der »Welt am Montag« aus seiner Regierungsbeamtenzeit zum besten:

»Kurz vor einer Landtagswahl in Biedenkopf reiste ein Schulrat bei den Lehrern herum, um ihre Stimmen für die Kandidatur des konservativen Landrats zu gewinnen. In meiner konservativen Jugendzeit agitierte ich einmal für einen konservativen Reichstagskandidaten in Niederbarm. Als ich mich nach einigen Dingen erkundigte, wurde mir gesagt: »Alles Wünschenswerte über die Agitation erfahren Sie auf dem Landratsamte. Das ist die Zentrale.« Vor jeder Wahl finden Korrespondenzen zwischen dem Minister des Innern und den Landräten über die für die einzelnen Kreise aufgestellten Kandidaten statt. Es handelt sich darum, die der Regierung »genehmsten« Kandidaten festzustellen.«

Das ist nur einiges aus dem trefflichen Material, das v. Gerlach dort anführt. Treffend schließt er seine Ausführungen: »Wir haben eine Parteiregierung. Aber diese erreaktionäre Regierung arbeitet mit der Fiktion, daß sie über den Parteien stehe. Das prägt unseren öffentlichen Verhältnissen einen Charakter von Unwahrheiten auf, der vielleicht der ärgste Fluch unserer inneren Politik ist.«

Nach alledem, was über den Prozeß Schücking zutage getreten ist, erscheint es durchaus glaublich, was jetzt aus Preußen gemeldet wird. Darnach soll dem preußischen Landtag ein Gesetzentwurf über das Koalitionsrecht für Beamte zugehen. Dieses Monstrum atmet nun auch wieder echt preußischen Geist. Darnach soll den Beamten wohl das Recht zustehen, sich zu organisieren. Doch ist diesen Organisationen jede Einwirkung auf die Öffentlichkeit zum Zwecke der Einwirkung auf bestehende Zustände verboten. Mitglieder können nur aktive Beamte werden. Auch die Redaktion der Fachzeitungen darf nur von aktiven Beamten ausgeführt werden. Das wäre ja nun ein Koalitionsrecht, das wohl für einen Skat- oder Kegelklub ausreicht, sonst aber für die Beamten nur blutigen Hohn bedeutet.

Es trifft sich gut, daß dieser saubere Plan just in demselben Moment bekannt wird, wo die Reichspostverwaltung wiederum ihre Rache an einem ihrer Untergebenen gekühlt hat. Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Telegraphenarbeiter, Herrmann Vallentin, hatte in einer Protestversammlung über den Stand der Bemühungen um angemessene Lohnzulagen berichtet. Daß er dabei die ablehnende Haltung der Oberpostdirektion kritisieren mußte, lag doch in erster Linie an dieser Behörde selbst. Dafür hatte man aber dort kein Verständnis. Nach dem bekannten Dichterwort: »Euch ziemt es stets, das Maul zu halten,« verlangte die Direktion, Vallentin solle alles in der Versammlung Gesagte glatt widerrufen und zum Ueberfluß noch erklären, daß für eine solche Kundgebung kein Anlaß vorläge. Als nun Vallentin eine solche Erklärung ablehnte, erhielt er kurz darauf seine Kündigung. Man hat nicht einmal den Versuch gemacht, diese brutale Maßregelung irgend wie zu beschönigen. Genau

so rücksichtslos im Gefühl der absoluten Macht, wie damals nach dem ersten Beamtentag. Hier handelt es sich nicht einmal um Beamte, sondern um Arbeiter, die mit 14tägiger Kündigung angestellt sind. Es ist nun einmal keine Hoffnung vorhanden, daß unsere Behörden das Erfolglose ihrer Unterdrückungsmaßregeln einsehen. Uns selbst kann ein solches Vorgehen nur förderlich sein. Wir wissen, daß Staatsarbeiter und Beamte der sozialen Aufklärung schwer zugänglich sind. Wenn aber in dieser Weise fortgefahren wird, dann wird es auch in diesen Kreisen mehr und mehr Tag werden. Was dem deutschen Beamten an Temperament fehlt im Vergleich mit den französischen, das ersetzen unsere Behörden durch brutale Behandlung. So wird dem deutschen Volke mit Keulenschlägen die Notwendigkeit einer demokratischen Regierungsform eingebläut. So ist es in letzter Linie die Regierung selbst, die jeder einfachen wirtschaftlichen Frage zu einer politischen Bedeutung verhilft. Wir sehen die Triebkräfte des reaktionären Bürokratismus in Preußen entstehen.

Dies eingesehen zu haben ist das Verdienst der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik, die kürzlich in Wien tagte. Die dort gepflogene Debatte über den deutschen Bürokratismus war von erfrischender Offenheit. Wenn konservative Männer, wie Professor Adolf Wagner und der preussische Ministerialdirektor v. Thiel keinen anderen Ausweg mehr wissen, als den Ruf nach einem ordentlichen Wahltreue, so spricht das für sich. Auch sie müssen anerkennen, daß es ein selbstverständliches Recht des Volkes ist, darüber zu entscheiden, wie es regiert werden will. Was aber im besonderen Professor Alfred Weber über den deutschen Bürokratismus sagte, ist für einen Professor überraschend freimütig, deshalb aber auch im großen und ganzen durchaus richtig. Er führte u. a. aus:

»Und dann noch etwas: In unserer reichsdeutschen Kulturpsychologie sieht man eine Wandlung zur Pensionsberechtigung. (Heiterkeit.) Ein Witzblatt hat es neulich so ausgedrückt: Deutsch und treu und pensionsberechtigt. (Heiterkeit.) Das ist nicht bloß in der Bourgeoisie vorhanden. Dieses Gift sickert hinunter in die unteren Schichten. Wenn wir heute Enqueten über die Arbeiterverhältnisse anstellen und fragen, wohin der Arbeiter strebe, erhalten wir die Antwort, daß das Kind ein pensionsberechtigter Beamter werden soll. (Sehr richtig.) Da haben Sie die Gefahr der Verspießbürgerlichung und Verphilisterung der Arbeiter vor sich! Das ist die Hauptgefahr dieses geistigen Sippenwesens, das jede größere Bewegung nicht vorwärts kommen läßt. Diese Papachen- und Mamachenexistenzen, die wir da sehen, und die charakterstarken Leuten den Aufenthalt in dieser Atmosphäre glatt unmöglich machen, drohen uns auch die großen Massen zu verderben, aus denen heraus wir zu neuen großen Kulturmöglichkeiten gelangen wollen. (Lebhafter Beifall und Unruhe.) Der charaktervolle Mann kommt gar nicht vorwärts, weil die Bueraukratie ihn nicht herankommen läßt. (Widerspruch und Zustimmung.)«

Auch was Professor Weber über Streiks, mit Einschluß der Beamtensstreiks, zu sagen hatte, zeugte von tiefer sozialer Einsicht. Freilich, der Mann ist Professor in Heidelberg, also an einer nichtpreussischen Universität. In Preußen dürfte man so radikale Professoren mit der Lupe suchen. Er führte aus:

»Ich meine, wir müßten jede agitatorische Aufreißung der Massen, auch wenn uns die Form nicht gefällt, billigen. (Beifall und Unruhe.) Dieses Mittel ist das einzige Gegengewicht gegen die Gefahr der Verdemmung und Vergiftung von der anderen Seite. (Lachen.) Lachen Sie nur, das habe ich nicht anders erwartet. Wir müssen aber auch anerkennen, daß Streiks notwendig sind, weil sie kulturell notwendig sind. Auch die Angestellten müssen streiken dürfen und schließlich kann auch ein Beamter streiken unter Umständen, was für die Kultur notwendig ist. (Widerspruch.)«

So trefflich die Worte auch sind, vorläufig ist ein Streik der Beamten schon deshalb nicht möglich, weil unsere deutschen Beamten selbst nicht daran denken. So lange diese noch bei jeder Wahl den bürgerlichen Parteien nachlaufen, die ihnen aus Dankbarkeit dann durch eine Finanzreform das Fell über die Ohren ziehen, so lange ist an eine Besserung nicht zu denken. Hoffen wir, daß die agitatorische Arbeit der Regierung durch Maßregelungen usw. von Erfolg gekrönt sein möge. G. A.

## Die Jugendbewegung und die Gewerkschaften.

Der innerhalb der Arbeiterbewegung hinreichend bekannte Redakteur Rexhäuser macht in seinem Blatte, dem »Korrespondent« der Buchdrucker, gegen die neuerdings in der Arbeiterbewegung mit erfreulicher Frische betriebene Jugendziehung und -aufklärung Front. Wie immer bei solchen Gelegenheiten geht es bei ihm auch diesmal nicht unter einer langen Artikelserie ziemlich buntscheckigen Inhalts ab. Wir haben nun weder Lust noch Raum, um auf die vielen, sehr häufig völlig verdrehten Argumente einzugehen, die Rexhäuser herbeischleppt, um die proletarische Jugendbewegung zu erschlagen. Nach seinem eigenen Geständnis glaubt er übrigens,

bei einem großen Teil seiner eigenen Kollegen und Verbandsmitglieder für seine Auffassung kein Verständnis zu finden. Einiges aus dem Inhalt der langen Artikel darf aber trotzdem nicht unwidersprochen bleiben.

Zunächst behandelt Rexhäuser das Problem der Jugendziehung im allgemeinen und stellt sodann tief-sinnige Betrachtungen an über die Fragen, was wohl von der Jugendziehung der Partei und der Gewerkschaften im besonderen zu erwarten sei. Er kommt zu folgendem Schluß über das Wesen der proletarischen Jugendbildungsbestrebungen: »Nicht das Heben verkümmelter (!) Schätze, nicht das Untertauchen in die Tiefen einer jungen Seele, nicht ein zartes und vorsichtiges Wecken schlummernder sittlicher Kräfte bilden die Voraussetzung und das Fundament der Erziehungsversuche, sondern ein plumpes Zugreifen, eine rohe Form nach Schema F, ein glatter Kasernenhofdrill soll das Wesen der proletarischen Jugendziehung ausmachen. Wir haben nun nicht die Absicht, diese Phrasen, für deren Berechtigung Rexhäuser keinerlei Beweise erbringt, zur Grundlage einer Diskussion mit dem Korrespondent-Redakteur zu machen. Ueber diese Dinge ist von berufener Seite schon so vieles und gutes geschrieben worden, daß es sich erübrigt, auch nur noch ein Wort dazu zu bemerken. Wenn wir den Satz hier zitieren, so nur, um unsern Kollegen zu zeigen, mit welcher Voreingenommenheit Rexhäuser an die Behandlung der Frage herantritt. In gleicher Weise kennzeichnend ist es, wenn er den von der Arbeiterschaft zur Erziehung und Bildung der Jugend bestellten Genossen einfach die Fähigkeit zu ihrem Amte abspricht.

Warum macht nun Rexhäuser so energisch Front gegen die Erziehung der Jugend zur sozialistischen Weltanschauung? Er fürchtet von ihr Störung der positiven, langsamen, an sich bescheidenen, aber in ihrer Wirkung bedeutsamen Arbeit in den Gewerkschaften, wie er sie versteht. Denn, so deduziert er, »Kämpfer will man erziehen, aber Fanatiker mit der ganzen Leidenschaftlichkeit der Jugend wird man bekommen. Damit wird aber den Gewerkschaften der schlechteste Dienst erwiesen.

Sodann fürchtet er, die Jugendbewegung könnte durch den in der Sozialdemokratie lebendigen Ideenkampf berührt und vergiftet werden. Darum wendet er sich auch nicht gegen jede Art der Jugend-erziehung, sondern nur gegen die von Partei und Gewerkschaften gemeinsam geübte. Besonders ängstigt ihn der Einfluß der Partei und deshalb ist er bestrebt, das glücklich erreichte »Hand in Hand marschieren« in der Jugendziehung im Keime zu zerstören. »Das ist es«, so schreibt er, »wogegen wir uns wenden, denn der Gewerkschaftler darf in diesen Fällen nur zahlen, auf seine Rechnung kommt er nie.« Weiter unten wird er noch deutlicher. Es heißt dort: »Nur die Gewerkschaften können eine wirklich praktische und gedeihliche Jugend-erziehung in die Hand nehmen.«

Demgegenüber ist wohl die Frage erlaubt, wie Rexhäuser diesen Zustand herbeiführen will? Er glaubt doch wohl nicht, daß die Partei auf seinen Befehl auf dem einmal betretenen Wege innehalten und ihre Jugendbildungsbestrebungen aufgeben wird. Dann aber bleibt nur übrig, daß die Gewerkschaften auf eigene Faust und nicht mit der Partei, sondern neben dieser und gegen sie Jugendziehung nach Rexhäuser'schem Geschmack betreiben. Dann aber wäre die Jugend unabwendbar in einen Strudel der unruhmlichsten Streitigkeiten gezogen, wovon sie Rexhäuser angeblich bewahren will. Das kann aber nur der Wunsch eines ausgesprochenen Gegners der Arbeiterbewegung sein. Einen Rücktritt der Partei, der ja glücklicherweise nicht im Bereich des Möglichen liegt, können wir aber auch deshalb nicht wünschen, weil dadurch der Jugendbewegung eine große Zahl ausgezeichnete pädagogische Kräfte, deren sonstiges Tätigkeitsgebiet ausschließlich der politische Zweig der Arbeiterbewegung ist, verloren gehen würde.

Um den Unsinn zu vollenden, wünscht Rexhäuser auch gar keine Jugendorganisationen, sondern einfach die Erziehung der Lehrlinge in der »Bude« durch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Die pädagogischen Fähigkeiten, die er den ausgesuchten Kräften der Partei und der Gewerkschaften abspricht, schreibt er jetzt plötzlich jedem einzelnen Gewerkschaftsmitgliede zu.

Aber worauf es uns bei dem Eingehen auf die Rexhäuser'sche Gedankenequilibrium hauptsächlich ankommt, ist seine Behauptung, daß die proletarische Jugendziehung in der eingeschlagenen Richtung nur zum Nachteil der Gewerkschaftsbewegung fortgeführt werden kann. Einige Zitate, die diese Auffassung widerspiegeln, brachten wir schon oben.

Weder die Hanburger und die Nürnberger Beschlüsse über die Jugendorganisationsfrage noch die Tätigkeit der Jugendausschüsse und der gewerkschaftlichen Jugendsektionen seit Nürnberg berechnen zu der Annahme, daß man durch sie nicht Kämpfer, sondern »Fanatiker mit der ganzen Leidenschaftlichkeit der Jugend« bekommen wird. Man ist allseitig so maßvoll an die Arbeit gegangen, daß noch weniger tun eine Unterlassungssünde gewesen wäre. Selbst die als ganz besonders radikal verschrieene »Leipziger Volkszeitung« forderte ganz kurz und bündig nur: »Die Aufklärung über Wirtschaftsleben und Gesellschaft im sozialistischen Sinne ist alles, was wir brauchen.«

Und diese Aufklärung ist nötig und nützlich für die gesamte Arbeiterbewegung einschließlich ihres ge-

werkschaftlichen Teiles, so weit dieser nicht von Rexhäuser'schem »Geiste« durchtränkt ist.

Wer Gelegenheit hat, unter indifferenten Arbeitern für die Gewerkschaften zu agitieren, hört gar oft die mutlose Redensart: »Das ist alles ganz schön, aber es nützt doch alles nichts, es bleibt doch alles beim alten! Solche Einwände können nur auf einen Mangel an Einblick in die wirtschaftlichen Zusammenhänge zurückgeführt werden. Die wirtschaftlichen Mächte, die den Arbeiter umtoben und, solange er einzeln ihnen gegenübersteht, sein Schicksal bestimmen, erscheinen diesen Einsichtslosen als gewaltige, unbezwingliche höhere Gewalten, auf die Menschen keinen Einfluß haben. Hier kann nur systematische Aufklärung »in sozialistischem Sinne« helfen! Sie lehrt, daß die Elemente des Wirtschaftslebens gemeistert oder mindestens ihre verheerenden Wirkungen gemildert werden können, sobald der Mensch ihre Zusammenhänge kennt und sich wohl vorbereitet zum Angriff anschickt. Diese klare Einsicht tut den gewerkschaftlich organisierten und kämpfenden Arbeitern, denen sie vielfach ebenso fehlt wie den Indifferenten, bitter not. Sie wird sie zum Ausharren auch in den schwersten Kämpfen, zum festen Vertrauen auf ihren endgültigen Sieg befähigen. Und wer wollte leugnen, daß die Gewerkschaftsbewegung solcher klarblickenden, unermüdeten Kämpfer in der Zukunft dringend bedarf? Die wachsende Macht der Unternehmervverbände läßt schwere Kämpfe voraussehen, denen im Geiste Rexhäuser's »erzogene« Arbeiter niemals gewachsen sein werden.

Wie wir schon oben sagten, kann die gewünschte Einsicht nur erlangt werden durch systematische Erziehungsarbeit. Und mit dieser Erziehung kann nicht zeitig genug begonnen werden. Ein schwerer Fehler wäre es deshalb, wenn die Arbeiterschaft die Jahre der Jugend, in denen der Geist am aufnahmefähigsten ist, auch fernerhin ungenützt für diesen Zweck verstreichen ließe. Lange genug hat es gedauert, bis man sich aus Werk gemacht. Nun aber wollen wir uns die Freude an dieser Arbeit nicht durch die Grillen Rexhäuser's versauern lassen.

Die Ursache der Schmerzen des »Korrespondent-Redakteurs ist die Furcht vor einer Opposition gegen seine bekannte Uebermoralität; er fürchtet ferner, sozialistisch erzogene Arbeiter werden bei Differenzen zwischen Kapital und Arbeit jederzeit mit dem Kopf durch die Wand gehen wollen. Daher seine Klage über die »Fanatiker mit der ganzen Leidenschaftlichkeit der Jugend«, die er mit Seherblick an der Peripherie des gewerkschaftlichen Kampffeldes auftauchen sieht. Wir meinen dagegen, daß Arbeiter, die mit dem nötigen Quantum Einsicht in die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen ausgerüstet sind, im Notfall eher zu zügeln und zur Anerkennung einer vorsichtigen Taktik ihrer Führer zu veranlassen sein werden als unklare Köpfe. Blinde Leidenschaft ist in der Regel mit Unaufgeklärtheit und Verständnislosigkeit gepaart.

Und nun mag auch der Humor zu seinem Recht kommen. In seinem vierten Artikel erhebt Rexhäuser folgende bewegliche Klage: »Es ist ein bedauerliches Zeichen, daß wir heute in den Großstädten junge Kollegen haben, die »an den Ort gebunden« sind, wenn sie zum örtlichen Zuschusse (zur Unterstützung) berechtigt sind. Der frischfröhliche Zug junger begeisterter Herzen, die hinaus in die Welt ziehen, um sie sich zu erobern, ist immer seltener geworden.« Reiselust, wie sie hier Herr Rexhäuser wünscht, setzt Tatendrang und Wissensdurst voraus! Wo aber sollen diese Eigenschaften, wo soll der »frischfröhliche Zug junger begeisterter Herzen« herkommen, solange die Jugend nur am Billardspiel und Kegelschieben und — an der permanenten Tarifgemeinschaft der Buchdrucker Interesse hat? Auch hierin muß und wird die proletarische Jugendziehung Wandel schaffen!

Rexhäuser ist allerdings nicht der Meinung. Er schreibt: »Und würde es nach dem Willen unser Jugendbildner von der anderen Kolonne gehen, dann käme noch eine tatlose parteipolitische Spintisiererei hinzu, die mit türkischem Fatalismus auf den Tag wartet, wo die Gerechtigkeit auf Erden wie eine Kloster-suppe verteilt wird.«

Ueber seine Auffassung vom Sozialismus pflegt man mit dem biedereren Rexhäuser nicht mehr zu streiten. Wir bringen das Zitat nur, um den Widerspruch festzunageln zwischen dem »türkischen Fatalismus« und dem »Fanatiker mit der ganzen Leidenschaftlichkeit der Jugend«, der Rexhäuser soeben noch so sehr in Schrecken versetzt hat. Beide sollen das Produkt ein und desselben Erziehungssystems sein. Das begreift nur ein Rexhäuser!

Damit wollen wir es nach dieser Richtung hin genug sein lassen. Wir wiederholen, was wir schon oben andeuteten: Wir wollen uns weder in der einmal begonnenen Jugendziehungsarbeit selbst, noch in der darin sich entwickelnden Einigkeit aller wahren Freunde der Arbeiterbewegung stören lassen. Letzere macht gerade jetzt ruhige Fortschritte, worüber wir in einem weiteren Artikel einige Worte sagen wollen.

## Wirkungen der Tabaksteuer.

1.

Der »Block der Ritter und der Heiligen« hat mit seinem wahnwitzigen Beschlusse des 40%

Tabakwertzoll ein Unheil angerichtet, das jetzt von Woche zu Woche immer erschreckender zutage tritt.

Wenn in der ersten Woche nach dem Inkrafttreten des Gesetzes in vielen Betrieben noch voll gearbeitet wurde, um die Lager wieder zu füllen, muß jetzt in allen Fabriken infolge des enormen Konsumrückganges die Produktion erheblich eingeschränkt werden. In den meisten Betrieben ist eine Absatzverminderung von 50% eingetreten. Obgleich eine genaue Statistik noch fehlt, läßt sich aus den von den einzelnen Industriedistrikten eingehenden Nachrichten mit Bestimmtheit schließen, daß die Zahl der direkten Arbeitslosen Zehntausend schon überschritten hat. In vielen Fabriken wird mit starkverkürzter Arbeitszeit und auf Pensum gearbeitet. Die Not der Tabakarbeiter wächst von Tag zu Tag und damit die Empörung gegen den Schnapsblock.

Vier Millionen hat dieser allerdings als Entschädigung für die in Menge des Gesetzes arbeitslos werdenden Tabakarbeiter bewilligt, aber die Bestimmungen über die Auszahlung von Unterstützungen im wesentlichen dem Bundesrat überlassen. Dieser, der dem lüderlich vom Schnapsblock zusammengeschusterten Gesetz seine Zustimmung gab, überließ selbstverständlich in der richtigen Erkenntnis, daß er von den industriellen Verhältnissen doch auch kein Verständnis besitzt, die ganze Regelung den Verwaltungsorganen. Und nun waltet der heilige Bureaokratismus seines Amtes am chlimmsten in Preußen und Sachsen.

Nach einer Mitteilung der Dresdener Handelskammer betrug der Lohnausfall in den sächsischen Zigarrenfabriken vom 15. bis 30. August schon 85000 Mk., aber eine Unterstützung aus dem Viermillionenfonds haben die arbeitslosen Tabakarbeiter bis jetzt noch nicht erhalten. Die hellen sächsischen Beamten erstrecken ihre Ermittlungen nämlich auf alle Dinge, auch auf solche, die sie gar nichts angehen. In Dresden wurde u. a. ein Tabakarbeiter, der schon dreißig Jahre verheiratet ist, betragt, ob er seine Wohnungseinrichtung schon bezahlt, ob er Schulden habe, ein anderer Verheirateter, ob er Alimente zu zahlen habe, wieder ein anderer, ob er ein Sparkassenbuch besitze usw.

Natürlich werden die vom Bundesrat erlassenen, äußerst unklaren Ausführungsbestimmungen von den Zollbehörden ganz verschieden ausgelegt, aber bei allen waltet die Tendenz ob, so wenig wie nur irgend möglich zu zahlen, Arbeiter, die in Zigarrenfabriken Zigarrenkisten bekleben, sind nach der Entscheidung das Hauptzollamt keine Tabakarbeiter; sie erhalten keine Unterstützung. Ausländer, denen man anfänglich standlos in Altona Unterstützung gewährt hat, erhalten jetzt nichts mehr, selbst dann nicht, wenn sie schon 10-20 Jahre ununterbrochen in Deutschland im Tabakgewerbe arbeiten. Ist ein Arbeiter vom 1. Juli 1908 bis zum 30. Juni 1909 krank, arbeitslos oder beim Militär gewesen, so berechnet die Behörde seinen Verdienst nur für die Zeit, in der er gearbeitet hat, teilt diese Summe durch 52 Wochen und zahlt ihm hiervon  $\frac{1}{4}$ .

So erhalten die schwächlichen Personen, die Kranken und Krüppel, vielfach nur den vierten Teil von dem, was ihre körperlich gesünderen Kollegen erhalten, eine Härte, wie sie grausamer gar nicht gedacht werden kann.

Zigarrenhausarbeiter, die Hilfsarbeiter beschäftigen, versucht man in Altona völlig abzuschieben, indem man ihnen die Eigenschaft als selbständige Gewerbetreibende andichtet. Ist der Unterstützungsanspruch eines Tabakarbeiters anerkannt, und erhält er zeitweilig wieder Arbeit, so wird ihm in Bremen die Summe, die er während dieser Zeit über den festgestellten Unterstützungsanspruch hinaus verdient, in der nächsten Wochen, in der er als Arbeitsloser auf Unterstützung wieder Anspruch macht, ohne weiteres wieder abgezogen. Durch diese Methode wird bald die Mehrzahl der Tabakarbeiter dauernd  $\frac{1}{4}$ , die Kranken und Krüppel, je nach der Dauer ihrer Erwerbslosigkeit, bis zu  $\frac{1}{4}$  von ihrem bisherigen Verdienst einbüßen müssen.

Auch zieht man in einigen Orten Deutschlands Tabakarbeiter zu Arbeiten in anderen Berufen heran, die zu ihrer Körperkonstitution in schreiendem Widerspruch stehen; das Amt Ennigloh bei Bünde in Westfalen versuchte sogar die arbeitslosen Tabakarbeiter zu verpflichten, »Streikarbeit« anzunehmen bei einem Bremer Zigarrenfabrikanten, der die jetzige Notlage der Arbeiter zu erheblichen Lohnreduktionen ausnutzte.

Aus allen Distrikten Westfalens vernehmen wir den Notschrei der Tabakarbeiter, dieselben entsetzlichen Klagen kommen aus Baden und aus den übrigen Industriegegenden, und dabei ist doch alles erst der Anfang. Alle Industriellen sind sich darüber einig, wenn die Weihnachtarbeit fertig ist, wenn erst die vollen Wirkungen des Gesetzes zutage treten, wird der Rückgang des Konsumes noch weit größer sein. Höchstentfalls bis zu Weihnachten — erklären die Zollbehörden — wird der Viermillionenfonds reichen. Was dann? Selbst wenn der Reichstag mehr bewilligt, wird der Bundesrat dem zustimmen? Die jetzige rigorose Handhabung der Unterstützungsbestimmungen läßt nicht darauf schließen. Was Not, was Elend der Tabakarbeiter — Das Reich braucht Geld!

## Briefkasten der Redaktion:

W. H., N. Ihre Anfrage gab ich an die Redaktion der Graph. Rundschau weiter. A. G., L. Ihre Anfrage werde ich an die Zentralkommission weitergeben, die das Manuskript schon vor mehreren Wochen in Druck gab. Der Bericht muß leider wie viele andere Einsendungen wegen Raummangel noch einmal zurückgestellt werden.



## Allgemeines.

Teil für die  
gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

### Gewerkschaftliche Taktik.

Die wirtschaftliche Krise hat in den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zwei Erscheinungen gezeitigt, die den führenden Personen zu ernstesten Betrachtungen Veranlassung geben: dies sind die Verluste von ca. 100 000 Mitgliedern, die die Gewerkschaftsorganisationen bis heute zu beklagen haben, und ferner die bei Streiks und anderen Bewegungen hervorgetretenen Strömungen innerhalb der Gewerkschaften, die sehr oft mit unfairen Mitteln ihren Einfluß gegen die Leiter der Organisationen zur Geltung zu bringen suchen und dabei die in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges doppelt notwendige Disziplin und das Vertrauen zur Organisationsleitung untergraben.

Für die erste Erscheinung ist die Erklärung leicht zu finden. Die in der Zeit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur erkämpften sprunghaften Fortschritte hatten naturgemäß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mächtig anschwellen lassen. Der Gedanke, schnell wirtschaftliche Vorteile erreichen zu können, hatte einen großen Teil bisher indifferent zur Organisation geführt. An eine gründliche Schulung und Durchbildung der Neugewonnenen war nicht zu denken, da diejenigen, denen diese Arbeit in den Gewerkschaften mit obliegt, durch die Kämpfe dermaßen mit Arbeit überhäuft waren, daß sie sich dieser eminent wichtigen Aufgabe nicht in dem Maße widmen konnten, wie es nötig gewesen wäre. Die hereinbrechende Krise und die mit ihr verbundene Unsicherheit der Erwerbsverhältnisse sowie das freche Auftreten der Unternehmerverbände, die nun die Zeit für gekommen erachteten, Rache an ihren Arbeitern zu üben und mit allen Chikanen, teils offen, teils versteckt, die Errungenschaften der Arbeiter wieder zunichte zu machen, führte zur Flucht der Mitläufer. Eine Tatsache, die bei jeder Krise bisher beobachtet werden konnte. In der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges, wo es gilt, das mit vielen Opfern Errungene festzuhalten und in der die wirtschaftlichen Verhältnisse die Organisationen bei ihren Maßnahmen zur doppelten Vorsicht mahnen, werden Anforderungen an den persönlichen Mut des Einzelnen gestellt, denen jene nicht gewachsen sind. Der Gedanke der Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation ist ihnen noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen. So bedauerlich diese Tatsache ist, so ist aber doch so gut wie sicher zu erwarten, daß jene bei geeigneter Agitation wieder für uns zu gewinnen sind, sobald die wirtschaftliche Depression ihrem Ende entgegen geht und dadurch die Chancen der Gewerkschaften und die Operationsmöglichkeiten günstiger gelagert sind.

Die gegenwärtige Krise, welche noch durch die politischen Verhältnisse des deutschen Reiches besonders schwer auf dem Arbeiter lastet, hat aber auch noch eine andere Erscheinung ausgelöst, die für den ersten Blick wohl viel Erfreuliches für sich hat, die aber in der Folgeerscheinung oft noch viel schlimmere Wirkungen auslösen kann, als sich jene Stürmer träumen lassen.

Wohl sind es meist grundehrliche Elemente, die jahrelang treu zur Fahne gestanden und so manchen Strauß mit den Unternehmern ausgefochten haben, denen aber der nötige Scharfblick für die durch die Krise geschaffene Situation fehlt oder durch die Erregung über brutale Maßnahmen der Unternehmer getrübt

wurde. Meistens alte Gewerkschafter oder solche, die nicht in die internen Verhältnisse eingeweiht sind, sind sie Vertreter der alten Schule. Die Entwicklung aber, die die Gewerkschaften und ihre Gegner sowie die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse genommen haben, mußten mit eiserner Notwendigkeit auch die Taktik der Gewerkschaften beeinflussen. Sie hat sich geändert. In die Aufstellung von Forderungen, in die Wahl der Mittel, der Form und des Zeitpunkts des Losschlagens, kurz in die ganze Vorbereitung der Lohnkämpfe ist System gekommen. Vorbei ist die Zeit, wo wochen- und monatelang in breiter Öffentlichkeit die zu unternehmenden Schritte beraten wurden. Vorbei die Zeit des Kampfes um jeden Preis und des Ringens bis zum Weißbluten. Die Entwicklung der Unternehmerverbände, der scharfe Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt, die gesamte Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt haben dahin geführt, daß nicht der Kleinkrieg die Situation beherrscht, sondern daß die gewerkschaftlichen Kämpfe infolge der wirtschaftlichen Entwicklung auf breiterer Grundlage ausgefochten werden. Die gewaltige Zahl der in den Gewerkschaften verbundenen Kämpfer sorgt aber auch dafür, daß die Chancen für die Gewinnung des Kampfes für sie günstiger werden. Je größer aber die Organisationen der Arbeiter werden, desto größer ist auch die Verantwortlichkeit der Führer; denn heute, in der Ära der Unternehmerverbände, bedeutet der Verlust eines Kampfes nicht nur für die direkt Beteiligten eine Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen, sondern er hat auch in den meisten Fällen ein Zurückdämmen der Forderungen der gesamten Berufsgenossen auf der ganzen Linie zur Folge. Angesichts dieser Tatsache darf sich der Führer einer Bewegung nicht von momentanen Stimmungen hinreißen lassen, sondern in kühl abwägender Weise muß er unterscheiden zwischen der Notwendigkeit der aufzustellenden Forderungen und der Möglichkeit ihrer siegreichen Durchführung. Hier setzt dann das Moment ein, das die erste Bedingung zur Durchführung eines Kampfes ist, die Disziplin und das volle Vertrauen zur Führerschaft. Denn in dem Augenblicke, in dem man den Kampf mit dem Gegner aufnimmt, darf nicht die Diskussion über das »Wenn« und »Aber«, sondern es muß die Tat die Öffentlichkeit beschäftigen! Ein Verrat an den Kämpfern wäre es, mit aufgedeckten Karten zu kämpfen; denn dazu käme es, wenn die Führer gezwungen werden, jede ihrer Maßnahmen öffentlich zu begründen, um sich erst das Vertrauen der Mitglieder zu erobern. Dies gilt nicht nur bei Beginn, sondern in viel höherem Maße auch bei Beendigung einer Bewegung. Gewiß kommen oftmals Augenblicke, wo man sich mit den Maßnahmen nicht einverstanden erklären kann. In solchen Fällen soll den Mitgliedern Gelegenheit zur Kritik gegeben sein. In dieser Hinsicht nehme man sich aber dann die Unternehmerverbände zum Vorbild. Obwohl auch dort herbe Kritik an den Maßnahmen der Führer geübt wird, bieten sie aber der Öffentlichkeit nicht das Gaudium, wie es leider bei Arbeitervereinigungen manchmal der Fall ist.

Daß letzteres auch in unserer Organisation noch zu verzeichnen ist, ist tief bedauerlich. Es beweist, daß noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten ist. Die nächste Generalversammlung des Verbandes wird Wege suchen müssen, auch nach dieser Richtung hin den Verband auf die Höhe zu bringen. Denn wenn nicht alles trägt, werden die nächsten Jahre auch in dieser Hinsicht große Anforderungen an die Mitglieder und die Führer stellen. Eine Form, ein System zu finden, das ein harmonisches Zusammenarbeiten zwischen Hauptvorstand und Mitgliedern fördert, das die Schlagfertigkeit des Verbandes erhöht, die alten Waffen schärft und neue schmiedet, das wird Aufgabe der nächstjährigen Hamburger Tagung sein. v. n.

## Ortsberichte.

**Hannover.** In einer am 16. September stattgefundenen Versammlung beschäftigten auch wir uns mit der Stellungnahme zur Maifeier. Kollege Bratke machte hierzu folgende Ausführungen: Wegen der großen Bedeutung der Maifeier, die Partei und Gewerkschaften augenblicklich beschäftigt, müssen auch wir Stellung dazu nehmen. Daß ein guter Kern in unserer Maifeier steckt, erhellt daraus, daß der Grundgedanke sich in den zwei Jahrzehnten ihres Bestehens absolut nicht hat ausrotten lassen; im Gegenteil, festere Gestalt denn je hat diese Feier des Proletariats angenommen. Nur über einen Punkt müssen Partei und Gewerkschaft Einigkeit erzielen, und das ist die Unterstützungsfrage. Maßgebend für uns ist immer noch der Beschluß des internationalen Kongresses zu Amsterdam 1904, den 1. Mai durch Arbeitsruhe ohne Schädigung der Arbeiterinteressen zu feiern. Der Vorsitzende weist weiter nach, wie die Unternehmerverbände immer mehr dazu übergehen, einzelnen Gewerkschaften schlechtere Tarife aufzuzuktroieren. Ebenso wie in Schweden werden auch die deutschen Gewerkschaften gezwungen werden, die Uebergriffe der Besitzenden durch den Massenstreik zu beantworten. Erstreben müssen wir vor allem neben der gewerkschaftlichen eine strafende politische Organisation. Gerade die letzte Periode des parlamentarischen Kampfes in Preußen-Deutschland beweist uns zur Evidenz, mit welchen Mitteln das Volk ausgepowert und geschröpft wird. Und da kann nur der »politische Weg« helfen. Selbst die Erringung eines anderen Wahlgesetzes könne auch die Partei eventuell zum Massenstreik zwingen. Als Demonstration wie auch als Kampfmittel sei daher die Maifeier mit allen Mitteln zu fördern. Eine Verschiebung der Maifeier auf einen Sonntag oder nur die abendliche Feier würden den Charakter des Tages abschwächen. Darum müssen wir die heutigen Opfer des 1. Mai durch einen Unterstützungsfonds über Wasser halten. Jedes Gewerkschafts- oder Parteimitglied, welches am 1. Mai arbeitet, hat eine noch festzusetzende Summe abzuführen. Nach längerer, eingehender Debatte wurde folgende vom Vorsitzenden eingebrachte Resolution einstimmig angenommen: »In der bestimmten Voraussetzung, daß die Machtverhältnisse zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmerorganisationen einerseits, andererseits aber auch die Auspowerung der arbeitenden Bevölkerung durch die regierenden Parteien, welche alle Erfolge der Gewerkschaften wieder illusorisch machen, die Gewerkschaften dazu zwingen werden, ihre Neutralität den politischen Parteien gegenüber aufzugeben, erachtet es die heutige Versammlung für unbedingt notwendig, daß Differenzen zwischen den Gewerkschaften und der Partei vermieden werden. Aus diesem Grunde ist an der Maifeier in der vom internationalen Kongreß in Amsterdam beschlossenen Weise festzuhalten und diese in jeder Beziehung zu fördern. Zu diesem Zwecke erwartet die Versammlung, daß diejenigen Kollegen, welche den 1. Mai nicht durch Arbeitsruhe begehen können, einen entsprechenden Betrag ihres Tagelohnes an den zu schaffenden »Maifeierunterstützungsfonds« abführen.« Unter Verschiedenes wird aus der Versammlung verlangt, beim Hauptvorstand anzufordern, ob der Wochenbeitrag von 1,30 Mk. nicht bald wieder herabgesetzt werden kann. Hiernach ist Schluß der gutbesuchten Versammlung.

## Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.  
Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

### Brief aus Thorn.

Dicht an der russischen Grenze liegt das Städtchen Thorn. In diesem Städtchen blüht ein Veilchen im Verborgenem, welches Pflänzchen ich einmal an das Licht der Öffentlichkeit ziehen will. Ich glaube, die Kollegen werden mir dafür recht dankbar sein!

Das schöne Blümchen ist die lithographische Anstalt und Steindruckerei von Ida Feyerabend.

Der neu engagierte Kollege tritt in einen ca. 25 qm großen dreifestrigen Raum. Und bald muß er zu seinem Schreck gewahr werden, daß in dieser einen Stube die lithographische Anstalt, die Steindruckerei, die Schleiferei und das Kontor zugleich untergebracht sind. Eine Schnellpresse großen Formats beansprucht den Löwenanteil des Raumes. Außerdem stehen eine Schneidmaschine, eine Pappschere, eine Handpresse, ein Schleiftisch, ein lithographisches Pult, eine große Reliefmachine und ein Schreibtisch in lieblicher Eintracht bei einander.

Man kann sich denken, was es heißt, in solcher Wirtschaft zu lithographieren. Armeslänge hinter dem Lithographen wird an der Handpresse gedruckt und neben ihm poltert die Schnellpresse einen lauten Takt. Und damit ist es nicht genug! Zur Vervollständigung dieses Idylls hört man tagsüber allerlei Kosenamen, die der Chef der Anstalt teils zu den Lehrlingen und teils zu seiner Frau sagt. Diese Kosenamen wiederzugeben sträubt sich die Feder! Doch auch der Lithograph kann derlei Worte zu hören bekommen, nämlich dann, wenn er die Freiheit hat, am Montag oder Dienstag sein Geld zu

verlangen, das er meistens am Sonnabend wegen chronischen Geldmangels nicht oder nicht vollständig bekommen hat. Dann weist Herr Feyerabend mit einer lieblichen Aufforderung an die Lecklust auf seinen Allerwertesten hin.

Ist der enge Raum dieses Geschäftes, wo nebenbei bemerkt auch oft bronziert wird, an und für sich direkt gesundheitsschädlich, so wird dies noch verschärft durch den Auswurf des Herrn Feyerabend, den dieser in Ermangelung der nötigen Spucknapfe überall im Zimmer, ohne Wahl der Stelle, ausspeit. Rechnet man noch die lange Arbeitszeit (von 7 bis 7 Uhr mit Pausen) hinzu, dann wird man sich ein ungefähres Bild dieses herrlichen Kunsttempels machen können.

Bei Engagements ist man ganz entzückt von dem familiären Ton, der aus der Schreibweise der Briefe herausklingt, und man ahnt deshalb nicht, daß solche Gestalten dahinter stecken. Denn auch Frau Feyerabend ist trotz der Behandlungsweise durch ihren Ehegatten eine starke Stütze des Geschäftes. Wenn wirklich einmal Ruhe eingetreten ist, ist sie es, die ihren Mann wieder von neuem anregt.

Was Wunder, wenn Herr Feyerabend wegen der vorstehend angeführten Verhältnisse ständiger Gast des Gewerbegerichtes ist, das zu seinem größten Leidwesen fast immer den Kollegen das Recht zuspricht.

Die Stelle des Lithographen wird jetzt wieder, wie so oft, frei. Wer also noch Lust hat, von dem Honig der Firma zu kosten, — der mache nach Thorn!

Fischy.

### Brief aus Finnland.

Vor einiger Zeit suchte die Firma Helsingfors Stryckerie, Helsingfors im Druckerei-Anzeiger einen Lithographen, *durchaus selbständig*, mit einem Monatslohn von 220—250 Mk. Allen Kollegen möchten wir nun anraten, sich nicht dadurch irre machen zu lassen, daß ein derartig hoher Lohn geboten wird, denn die Lebensverhältnisse sind hier derart hoch, daß 220 Mk. schon einer gewöhnlichen, tüchtigen Kraft gezahlt werden. Auch gilt eine finnische Mark nur 80 deutsche Pfennige. Ebenso wird jeder Kollege gut tun, sich möglichst gleich beim Engagement freie Reise zu sichern.

Nun was die Firma selbst anbetrifft: Drei Prinzipale sind die Inhaber. Die Treiberei steht in vollster Blüte auch dann, wenn wenig zu tun ist. Auch das Benehmen der Herren dem Arbeiter gegenüber läßt viel zu wünschen übrig. Hauptsächlich ist der Anspruch eines Herrn (er ist selbst Fachmann) sehr heftig: *«Das macht man ja in einer Stunde!»* Wie heftig es sich in dieser Firma arbeiten läßt, beweist, daß in diesem Jahr schon 5 Lithographen angefangen sind, darunter 2 Deutsche, 1 Schwede, 2 Finnen. (Die Firma beschäftigt 2 Lithographen.) Der sechste wird jetzt gesucht. Es steht also im eignen Interesse jedes Kollegen, mit einem Engagement bei dieser Firma vorsichtig zu sein, denn es ist ja schließlich keine Kleinigkeit, auf eignes Risiko eine Reise von 100—130 Mk. zu machen.

Litografiska Föreningen.

### Aus den Sektionen.

**Leipzig.** In der am 21. September abgehaltenen Versammlung widmete der Vorsitzende dem freiwillig aus dem Leben geschiedenen Kollegen Bohling einen Nachruf. Die Anwesenden ehrten das Andenken des Kollegen durch Erheben von den Sitzen. Sodann referierte Kollege O. Schulze über Islam und Christentum. Der Referent verstand es in ausgezeichneter Weise, Wesen und Entstehung der Religion zu schildern und nicht nur die Gegensätze innerhalb des Islams, sondern auch die zum Christentum darzustellen. Das Verhalten der europäischen Staaten, besonders Englands gegenüber den islamischen Staatsbildungen, z. B. der Türkei, die ein politischer Gegner Englands sei, erkläre sich daraus, daß England die größte Zahl Muhamedaner beherrsche. Bei der Sucht der europäischen Diplomatie, sich in alles einzumischen, sei es aber nicht ausgeschlossen, daß selbst durch innere Reibungen der islamischen Religionsgemeinschaften Weltkriege entstehen könnten. Aber auch politische Ereignisse, wie die letzten in Marokko und der Türkei, seien geeignet, große Verwicklungen zu schaffen. Reichen Beifall erntete der Redner für seine Ausführungen.

Hierauf sprach Kollege Herbst über die Arbeitslosigkeit in Berufe. Bei kapitalistischer Produktionsweise seien Krisen eben nicht selten. Es zeige sich von Zeit zu Zeit eine Stockung in der Warenherstellung; es entstehe Ueberfluß an Produkten insofern, als diese keinen Abfluß fänden, und damit trete der Unsinn der kapitalistischen Produktionsform in Erscheinung: trotz Ueberflusses an Waren litten weite Kreise Mangel! Erst allmählich käme die Sache wieder in Bewegung, um sehr bald in Trapp zu verfallen; und sei der Gipfelpunkt erreicht, so wiederhole sich das Spiel. Ohne Zweifel mache sich aber eine Vertiefung der Krisenkurve bemerkbar. Wohl habe es eine Zeit gegeben, in der bürgerliche und selbst sozialdemokratische Parteipolitiker die Krisen unter dem Einfluß des kartellierten Kapitals als überwunden und damit die Krisentheorie als hinfällig darstellten. Diese Leute hätten sich aber gründlich geirrt, denn die gegenwärtige Krise wüte ungeheuer. Zu der hierdurch

an sich schon geschaffenen Arbeitslosigkeit träten aber noch verschärfende Momente. Die bis ins fabelhafte gesteigerte Ergiebigkeit der Arbeit, mit der die Absatzmöglichkeit der hergestellten Waren nicht gleichen Schritt halte, vergrößere die Arbeitslosigkeit noch besonders. Obwohl jeder einzelne am eignen Leibe spüre, wie viel mehr er arbeiten müsse, gingen auch unsre Unternehmer mit der Behauptung krebsen, daß die Leistung zurückgehe. Dazu kämen noch die Zoll- und Handelspolitik unsres Staatswesens mit ihrer Ausweitung der Volksmassen zugunsten der Junker und die durch diese Politik herbeigeführten Repressalien des Auslandes, was alles die Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung auftreten lasse. Wenn nun diese Dinge über Berufe kämen, die im Niedergang oder gar im Verschwinden begriffen sind, so verletzten die Arbeiter unaufhaltsam. Dem Einzelnen könne dadurch die Existenzmöglichkeit direkt abgeschnitten werden. Ein solcher Beruf sei nun die Lithographie und speziell die Postkartenlithographie. In Leipzig seien vom September 1907 bis August 1908 756 organisierte Kollegen 6571 Tage oder 21 Jahre und vom September 1908 bis August 1909 1093 Kollegen 16525 Tage oder 53 Jahre arbeitslos gewesen. In einem Zeitraum von 24 Monaten also 74 Jahre Arbeitslosigkeit! Nicht eingeschlossen seien hier die Zahlen einer Anzahl arbeitsloser und unorganisierter Lithographen. Diese Elendszahlen zwängen zu tiefem Nachdenken. Bei der Unmöglichkeit eines weiten wesentlichen Exportgeschäftes nach Amerika sei es augenfällig, daß ein beträchtlicher Teil Arbeitskräfte zuviel im Berufe ist. Diese Arbeiter seien zu dauernder, mindestens zu periodischer Arbeitslosigkeit verdammt. Das betreffe besonders Postkartenarbeiter, die in ihrer Lehre vielfach nur Ausbeutungsobjekt sind und außerdem so wenig lernen, daß sie für andre Gebiete der Lithographie nicht in Frage kommen können. Aber auch diesen Verhältnissen gegenüber sähen wir kein Verständnis bei unsern Unternehmern. Abgesehen davon, daß Postkartenfirmen Lehrlinge heranzubilden nach einer Staffel, die der Lage des Gewerbes gar nicht mehr entspricht, müßte sehr viel moniert werden, daß die Unternehmer selbst diese Staffel noch überschreiten, nicht nur in der Postkartenbranche. Auf der Nürnberger Tagung des Schutzverbandes sei die Sache dann so dargestellt worden, als wollten die Gehilfen den Nachwuchs vom Gewerbe abschneiden. Zu allem Sorge noch ein ausgebreitetes Zwischenmeistersystem (Schwitzer) dafür, daß die Verhältnisse immer schlechter werden. Die gänzlich unbrauchbar ausgebildeten jungen Leute stünden dann nach Ablauf ihrer Lehre vor dem Nichts. Vielfach würden sie erbarmsungslos an die Luft gesetzt. Wir müßten uns deshalb gegen die Heranbildung des Nachwuchses, der bei der einseitigen Postkartenarbeit in dauernder Berufsstümperei endet, mit aller Kraft wenden. Zur Einleitung hierzu könne folgende Resolution dienen: *«Die am 21. September 1909 tagende Versammlung der Lithographen Leipzigs ersucht den Hauptvorstand, dahin zu wirken, daß, gestützt auf Absatz f der Vereinbarung vom 11. August 1906, eine Regelung der derzeit bestehenden Lehrlingsverhältnisse vorgenommen wird; daß im speziellen die Ausbildung von Lehrlingen in der gesamten Postkartenlithographie zu beseitigen ist, denn nach den Erfahrungen ist die Ausbildung der Lehrlinge im allgemeinen eine so ungenügende, daß diese nach Beendigung der Lehrzeit für die weiten Gebiete der Lithographie nicht in Frage kommen. Die von der Postkartenbranche benötigten Ersatzkräfte können jederzeit aus den Reihen der Chromolithographen genommen werden. Mit dem Kampfe gegen die Verschlechterungen der beruflichen Verhältnisse sei es aber allein nicht getan. Wir müßten maßgebenden politischen Einfluß zu gewinnen suchen, um unsre wirtschaftliche Position gesetzlich festlegen zu können. Wer seine Tätigkeit nur auf das wirtschaftliche Gebiet beschränke, sei nur ein halber Kämpfer. In der ausgedehnten Debatte wurde bemerkt, daß zwei Postkartenfirmen zur Auflösung ihrer Lithographie schreiten, wodurch die Zahl der Arbeitslosen weiterhin vermehrt werde. Auch der sattsam bekannte Schwitzer Kluge wurde wieder einmal insofern erwähnt, als er nunmehr sanft endet ist. Nach dem langwierigen Streik ging es immer mehr abwärts mit ihm, bis nun Schluß geworden ist. Ein *Moneteke!* für Gleichgeartete! — Nachdem noch die Resolution einstimmig angenommen worden war, fand die anregend verlaufene Versammlung ihr Ende.*

Erscheinung treten wird, wenn die neuen Steuer-gesetze richtig in Wirksamkeit getreten sind.

Nicht die neuen Steuern allein verschulden die Misere, sondern es kommt immer ein Umstand zu dem andern. Die Maschinen werden fortwährend verbessert, nur um den Profit zu steigern, aber an die gleichzeitige Aufbesserung der Lage der Steindruckere denken die Herren Prinzipale nicht. An manchen Orten wird vom Maschinenmeister verlangt, daß er 2, manchmal auch 3 Maschinen bedienen soll. Beschwerzt sich ein Kollege hierüber, dann heißt es gewöhnlich, z. B. beim Druck von Streichholz-Etiketten: Bei diesen Arbeiten ist fast gar keine Aufsicht nötig, an den Sachen ist absolut nichts zu verdienen. Da wird soviel gerechnet und geklagt, daß ein Verdienst des Geschäfts ausgeschlossen ist. Dieser Ansicht sind auch viele Kollegen.

Soll sich der Arbeiter dies alles auf die Dauer gefallen lassen? Jeder Prinzipal ist in der Lage, bei einer anderen Arbeit auch einmal einen höheren Profit herauszuschlagen; bei dem Gehilfen ist dies ausgeschlossen. Wenn das Geschäft einmal nicht gut geht, wird eben das Personal reduziert, denn der Prinzipal denkt: Leute bekommst du zu jeder Zeit. Andererseits gibt es auch wieder Kollegen, die wild drauflos arbeiten, ohne Rücksicht auf ihre Mitmenschen. Diese werden arbeitslos und wissen dann nicht, wie sie Stellung erhalten sollen.

Sogar manche Behörden machen den gelernten Steindruckern Konkurrenz. Da wird eine Autographiepresse angeschafft, worauf die nötigen Formulare hergestellt werden, aber nicht etwa von Steindruckern, nein, die sind zu teuer! Diese Druckarbeit besorgt der Kastelan, nur die größeren Arbeiten werden an Druckereien gegeben. Andere Behörden beziehen die nötigen Formulare aus Straf-anstalten.

Die wirkliche Arbeitslosigkeit ist in unserem Berufe größer, als aus den Statistiken ersichtlich ist. Viele Mitglieder sagen sich, nachdem sie längere Zeit nach Stellung gesucht haben: So kann es nicht weitergehen, jetzt nehme ich Arbeit an, gleichviel welcher Art! Jedoch auch dies hat seine Schwierigkeiten. Ersieht der Unternehmer aus den Papieren des sich Meldenden, daß er Steindrucker oder sonstiger Gelernter ist, wird er gar nicht eingestellt. Der Unternehmer sagt sich, der bleibt bei mir nur solange, bis er in seinem Beruf wieder Stellung hat. In Fabriken ist es dieselbe Geschichte. Manchem Kollegen gelingt es ja, in anderen Berufen unterzukommen. Dadurch, daß diese Kollegen in andern Berufen arbeiten und demzufolge Beiträge leisten, wird unsere Arbeitslosenstatistik etwas lückenhaft. Diese arbeiten doch nur im andern Beruf, weil sie im gelernten Beruf keine Stellung finden konnten. Tatsächlich müßten sie also für unseren Beruf als Arbeitslose gelten.

Jeder Mensch müßte ein *Recht auf Arbeit* haben. Es wäre wirklich zu begrüßen, wenn etwas brauchbares geschaffen werden könnte. Jede Berufsparte hat ihre Konferenz usw., aber von den Steindruckern hört man wenig, auch diese müssen schreien, so laut wie die Junker!

**Die photomech. Fächer.**  
Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktionsphotographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

### Lichtdruckerkonferenz.

Am 12. September tagte in Halle a. S. eine Konferenz von Vertretern der deutschen Lichtdrucker, die aus allen Teilen Deutschlands von 13 Delegierten besichtigt worden war. Der Wahlkreis Berlin hatte seiner Mitgliederzahl entsprechend 3 Delegierte entsandt, von denen einer, der Kollege Albrecht, gleichzeitig den Hauptvorstand und die Zentralkommission vertrat. Der Ausschuß war durch den Dresdener Delegierten, Kollegen Rädcl, mitvertreten. Für die Gehilfenmitglieder des Tarifamts war Kollege Morche, für die Redaktion des Verbandsorgans, Kollege Barthel, für den Vorstand des Leipziger Gaues, zu dem Halle gehört, Kollege Pfeiffer und für den Vorstand der Mitgliedschaft Halle Kollege Gnoth erschienen. Zu Vorsitzenden wurden die Kollegen Albrecht-Berlin und Müller-Leipzig, zum Schriftführer Kollege Peters-Berlin, gewählt; die Aufnahme des ausführlichen Protokolls übernahm Kollege Barthel. Die Konferenz hatte folgende Tagesordnung zu erledigen:

- I. Berichte: a) Zentralkommission; b) Tarifamt.
- II. Stellungnahme zum Ablauf des Tarifs.
- III. Beratung von Änderungsanträgen.
- IV. Allgemeine Fragen.

Für Punkt I dieser Tagesordnung lag sowohl der Bericht der Zentralkommission als auch der der Gehilfenmitglieder des Tarifamts in hektographischer Vervielfältigung vor. Der Zentralkommissionsbericht wurde durch Kollegen Albrecht noch in mündlichen Ausführungen erläutert und ergänzt. Hervorzuheben ist, daß die Anfang 1908 reorganisierte Zentralkommission durch einen an die Kollegen der nicht-tarifreuen Anstalten gerichteten Aufruf zum energischen Eintreten für die Anerkennung des Tarifs aufforderte, mit dem Erfolg, daß sich noch bis zum 1. April 1908, dem Tage des Inkrafttretens der Bestimmung, daß tarifreue Gehilfen nur in tarifreuen Anstalten arbeiten dürfen, eine ganze Reihe Firmen

**Der Steindrucker.**  
Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

### Eine Steindrucker-Konferenz.

Die Mitgliedschaft Leipzig regte vor einiger Zeit (siehe »Gr. Pr.« No. 31, Seite 272) die Einberufung einer Maschinendruckerkonferenz an. Diese Anregung ist entschieden zu begrüßen und es wäre wünschenswert, wenn sich auch andre Zahlstellen dazu äußerten. Es kann doch auf keinen Fall angenommen werden, daß nur in Leipzig ungünstige Verhältnisse herrschen. Die Lage der Steindrucker verschlechterte sich vielerorts, was noch mehr in

der Tarifgemeinschaft anschlossen. Die eifrige Arbeit der Zentralkommission für die Anerkennung der Arbeitsnachweise führte zur Annahme einer Resolution im Tarifausschuß, in der zum ersten Male die Berücksichtigung der Arbeitsnachweise als eine Pflicht der Prinzipale bezeichnet wurde. Zu einem Konflikt mit dem Geschäftsführer des Tarifamts führte die von diesem beliebte Berechnung der Tarifbeiträge bei solchen trittenden Firmen, die dem Bunde der Prinzipale nicht angehörten; sie sollten viel schwerer wie die Bundesfirmen belastet und bei Nichtbegleichung dieser unverhältnismäßig hohen Beiträge aus der Tarifgemeinschaft ausgeschlossen werden, wogegen die Zentralkommission energisch Stellung nahm. Ferner nahm die Zentralkommission eine sorgfältige Statistik auf, die mit einer im Jahre 1907 aufgenommenen Statistik in Vergleich gestellt wurde, wobei neben einigen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse eine beträchtliche Verschlechterung der Lehrlingskala festzustellen war. Die beiden statistischen Aufnahmen werden für die bevorstehende Tarifrevision gute Unterlagen und wertvolles Material liefern. — Kollege Morche ergänzte den Bericht der Gehilfenvertreter im Tarifamt, aus dem hauptsächlich zu entnehmen ist, daß in der ganzen gegenwärtigen Tarifperiode von nahezu 3 Jahren nur 12 Tarifmitteilungen stattgefunden haben. Die Zahl der tariftreuen Firmen, die bei Ablauf des ersten Tarifs 27 betrug, stieg bald nach Beginn der neuen Tarifperiode auf 47 Anstalten mit ca. 600 Gehilfen; jetzt haben 65 Firmen mit etwa 800 Gehilfen den Tarif anerkannt. Ein Beispiel für die unparteiische Geschäftsführung im Tarifamt ist die Tatsache, daß die Einberufung der von den Gehilfen beantragten Sitzungen, in denen Beschwerden gegen die Prinzipale erledigt werden sollten, so lange als möglich, manchmal bis zu 8 Wochen, verzögert worden ist, wodurch oft die Beschwerden gegenstandslos wurden, während die Einberufung der von den Prinzipalen beantragten Sitzungen in der Regel sofort erfolgte. Unter dem gegenwärtigen Vorsitz auf Prinzipalseite und unter der derzeitigen Geschäftsführung ist an ein ersprießliches Arbeiten in der Tarifgemeinschaft nicht zu denken.

Diese Tatsache wurde auch in dem unter Punkt II erstatteten Referat des Kollegen Müller-Leipzig noch näher illustriert und beleuchtet. Im übrigen empfahl der Referent den Abschluß eines neuen Tarifs, aber nur dann, wenn zuverlässige Garantien für eine zuverlässige und durchaus unparteiische Geschäftsführung und für ein ersprießliches gemeinsames Wirken der Prinzipals- und Gehilfenvertreter in den Tarifinstanzen, besonders im Tarifamt, gewährleistet werden. Wahrscheinlich würden bei der bevorstehenden Tarifrevision die Unternehmer im Gegensatz zu früher ebenfalls Abänderungsanträge stellen, um die Lehrlingskala noch ungünstiger zu gestalten und auch andere Tarifpositionen, besonders die Lohnverhältnisse, zu verschlechtern. Von einer Annahme derartiger Anträge durch die Gehilfen kann natürlich gar keine Rede sein. Im Gegenteil, die Gehilfen müssen neben den erwähnten Garantien unter allen Umständen auch eine Verbesserung der Lehrlingsverhältnisse, eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Aufbesserung der Löhne durchführen. Wenn es uns unmöglich ist, einen einwandfreien Tarif zu schaffen, dann ist es besser, im Vertrauen auf unsere Organisation für die Erhaltung und Verbesserung unserer Berufsverhältnisse zu wirken. — Die Diskussion bewegte sich im wesentlichen im Sinne des Referats. Sie führte zu dem einstimmigen Beschluß, den Tarif zu kündigen, und zur einstimmigen Annahme folgender Resolution: »Getreu dem bisherigen Streben der Lichtdrucker Deutschlands, die allgemeinen Arbeitsverhältnisse tariflich zu regeln, erklärt sich die Konferenz mit der Einführung eines dritten Tarifs einverstanden, erwartet aber von den Gehilfenvertretern im Tarifausschuß, daß sie bei den kommenden Beratungen die Geschäftsführung während der letzten Tarifperiode, die nach Meinung der Konferenz nur im Sinne der Prinzipale erfolgte, scharf kritisieren. Die Konferenz verpflichtet die Gehilfenvertreter im Tarifausschuß, einem Neuaufschluß nur dann zuzustimmen, wenn Garantien für ein unparteiisches und schnelles Arbeiten der Tarifinstitutionen geboten werden. Den Antrag Stuttgart: »Das Tarifamt ist an einen anderen Ort zu verlegen«, überweist die Konferenz den Ausschußmitgliedern als Material.«

In den unter Punkt III beratenen und angenommenen Abänderungsanträgen wurden hauptsächlich die schon beim vorigen Tagesordnungspunkt skizzierten Hauptforderungen für den Abschluß eines neuen Tarifs niedergelegt. Auf die einzelnen Anträge an dieser Stelle näher einzugehen und sie in der »Graph. Presse« zu veröffentlichen, erübrigt sich, da sie den Kollegen bereits in anderer Vielfältigkeit zugegangen sind. Außerdem wird auch sobald als möglich ein ausführliches Protokoll über die Verhandlungen der Konferenz erscheinen. Die Herausgabe eines derartigen Protokolls wurde unter Punkt IV ausdrücklich beschlossen. Die statistischen Aufnahmen sollen dem Protokoll einverleibt werden. Ferner soll bei den Tarifverhandlungen im Hinblick auf die durch die Taten des Schnapsblocks erfolgte Mehrbelastung des Volkes durch indirekte Steuern eine allgemeine 10prozentige Lohnerhöhung gefordert werden. Zum Schluß fand noch folgender Antrag einstimmige Annahme:

»Falls die Prinzipale den Abschluß eines Tarifes von der Einführung einer Zwangsorganisation abhängig machen, sind die Verhandlungen gehilfenseitig abzubrechen.

Damit war die Tagesordnung der Konferenz erledigt. In seinen Schlußausführungen betonte der Vorsitzende, daß die Konferenz ein gewaltiges Stück Arbeit geleistet habe. Möchte sie erfolgreich sein! Die Vertreter von Deutschlands Lichtdruckern haben sich einmütig für den Abschluß einer neuen Tarifgemeinschaft erklärt, allerdings nur in der Voraussetzung, daß sie anders funktioniert wie die bisherige, und daß sie zu einer Vorwärtswicklung der beruflichen Verhältnisse beiträgt. Sollten diese Voraussetzungen nicht erfüllt werden, dann werden die Lichtdrucker auch ohne Tarif ihre Interessen zu wahren und die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern wissen. Ob die Prinzipale dabei besser fahren, möge dahingestellt bleiben. Mit den besten Wünschen für eine erfolgreiche Arbeit der Gehilfenvertreter bei der Tarifrevision wurde die Konferenz geschlossen.

## Die Preiskonvention im Chemigraphiegewerbe.

### I.

Ueber diese Frage sich einmal an dieser Stelle auszulassen dürfte jetzt der geeignetste Zeitpunkt sein. Denn der Pulsschlag der Tarifgemeinschaft und der Chemigraphenbewegung ist nachgerade, was auch leicht verständlich ist, diese Preiskonvention geworden. Die Erörterung und sachliche Beurteilung dieser Frage ist sogar mehr denn je aktuell.

Wie aus dem Bericht über die kürzlich stattgefundenen Chemigraphenkonferenz und aus den letzten Ortsberichten aus München und Leipzig hervorging, schien es in der Chemigraphentarifgemeinschaft wieder einmal bedenklich zu kriseln. Zu verwundern ist derartiges gerade nicht. Die verhältnismäßig junge Tarifgemeinschaft, die vor 6 Jahren über das ebenfalls junge Gewerbe herabgeschneit kam, meint es auch zu gut. Dies gilt besonders für den Anfang. Wenn ein solches Werk, wie dieser weit ausgebaute Tarif mit seiner neuartigen Bestimmung des Organisationszwanges und der daran gehängten Preiskonvention nicht aus der Erfahrung geboren wurde, auch nicht dem tiefgefühlten Bedürfnis der Mehrzahl der Berufsgenossen, sondern der kräftigen Initiative einiger wenigen entsprang, dann muß es naturgemäß bei so vielen sich bietenden Reibungsflächen auch zu Reibereien kommen. Der Kampf, der bei Einführung der Tarifgemeinschaft, die sich ja in unerwartet glatter Weise erledigte, unterblieb, dieser Kampf blieb und bleibt ihr nicht erspart. Er mußte als Kampf der Meinungen in den Reihen beider Tarifkontrahenten entstehen. Ebenso selbstverständlich mußten zuletzt diese Meinungen ihren lauten und öffentlichen Widerhall finden. Die Propagierung verschiedener Abspaltungsgedanken waren ihr Endergebnis.

Die anläßlich eines solchen Konfliktes kürzlich stattgefundenen Chemigraphenkonferenz hat sich nun, wie man las, wieder in bestimmter Weise einstimmig für den Tarif in seiner bestehenden, vor einem Jahre beschlossenen Form erklärt und sich unbedingt für die Preiskonvention ausgesprochen. Man darf ruhig aussprechen, daß alle diese Funktionäre, die diesen Beschluß faßten, ihre gewerbliche und gewerkschaftliche Erfahrung haben, daß sie wissen, was dem Gewerbe nottut und daß mithin im beruflichen Interesse die Stellungnahme für die Konvention erfolgt ist. Immerhin ist die Münchener Resolution (Gr. Pr. No. 35) beachtenswert, denn tatsächlich ist die Preiskonvention in erster Linie eine eigene Sache der Unternehmer, genau genommen ein Teil des Statuts der Prinzipalsorganisation.

Unsere Beteiligung an der Konvention hätte bei richtiger Sachlage nur so weit zu gehen, daß wir den Unternehmern die Berechtigung dieses Paragraphen zugestehen und ihn nicht als unseren Interessen zuwider betrachten. Darüber hinaus sollten die Gehilfen nicht zu gehen brauchen. So wenig wir zur Durchführung unseres Statuts die Hilfe der Prinzipale anrufen, ebensowenig sollten zur Durchführung dieser Bestimmung die Gehilfen gebraucht werden.

Nichts beleuchtet so sehr diese Tarifgemeinschaft, als der Umstand, daß erst die Gehilfenchaft der Konvention Geltung verschaffte und zur Hilfeleistung gebraucht wurde. Dies zeigt, daß nur starke Organisationen imstande sind, Tarife hochzuhalten und den Tarifinstanzen Respekt zu verschaffen. Dies zeigt aber auch die Gehilfen als Träger des Tarifes, als den Anker für die Prinzipalsvereinigung noch auf geraume Zeit hinaus.

Die Gehilfen haben seinerzeit bewußt die Prinzipalsorganisation und hierdurch die eigenen Reihen gestärkt. Beides geschah, um die allgemeine Durchführung des Tarifes zu bewerkstelligen, zum Nutzen für die Unternehmer. Und die Preiskonvention wirkt in erster Linie in der gleichen Richtung. Deshalb wäre zu untersuchen, ob die Mitwirkung der Gehilfenchaft an diesem Werke geboten ist. Dies wollen wir in weiteren Artikeln tun.

## Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachsdruck-, Zeug- und Seidentrucker.  
Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin N. 20,  
Baustraße 26.

### Aus den Sektionen.

**Berlin.** In der am 25. September stattgefundenen Monatsversammlung wurde zunächst auf die Differenzen an verschiedenen Orten hingewiesen und vorausgesetzt, daß sich wohl kein Kollege von hier nach einem dieser Orte locken lassen werde. Sodann gaben die Kollegen Schubart, Weykopf und Brinkmann ausführliche Berichte über die in letzter Zeit vorgenommenen Agitationstouren. Es war interessant, einmal ein Bild über die momentanen Verhältnisse unserer Berufskollegen aus allen Gegenden Deutschlands vor Augen geführt zu bekommen. Man war sich im allgemeinen klar, daß man, wenn man hauptsächlich bei den Druckern mehr Erfolg haben will, den Staffelleibtrager einführen muß, da noch viele im Fabrikarbeiterverband organisiert sind, der noch weit niedrigere Beiträge hat. Ferner wurde noch die Mitteilung gemacht, daß der bekante Formstecher Caynar sich in einigen hiesigen Stechereien um Stellung bemüht und sich hauptsächlich damit empfohlen habe, daß er bei dem Marburger Streik durchgearbeitet hätte. Die Berliner Kollegen werden ihm für diese glorreiche Tat keine Ehrenportalen errichten. Nun wurde noch die Firma Klau in Adlershof einer näheren Beleuchtung unterzogen, die im Mai d. J. sämtliche organisierte Kollegen entließ mit dem Vorwand, das Geschäft zu verkleinern, während man es jetzt während der Saison wieder vergrößern will. Aber damit nicht genug. Als Entgegenkommen dafür, daß man die Kollegen früher entließ, stellt man nun das Ansinnen an, sie jetzt Ueberstunden ohne Prozente zu machen. Warum verlangt denn die Firma diese Ueberzeitarbeit nicht gleich ganz umsonst?!

**Leipzig-Zweinfurth.** Nach Ablauf der Kündigungszeit traten am 2. Oktober die Wachsdruckdrucker der Firma Alexander Schumann in den Ausstand. Die Bewegung hat dadurch eine Schärfe angenommen, die von den Arbeitern weder gewünscht noch erstrebt worden ist. Unseren Prinzipien entsprechend, in gewerblichen Streitigkeiten erst alle friedlichen Mittel zu erschöpfen, ehe zur ultima ratio gegriffen wird, wurde bis zum letzten Augenblick versucht, den Konflikt ohne Arbeitseinstellung zum Austrag zu bringen. An Liberalität wurde dabei unsererseits das Möglichste geleistet. Man es nun sein, daß die Firma unsere notorische Friedfertigkeit als Schwäche taxierte, oder ob gehofft wurde, es ginge dieses Mal wieder wie bei der verkrachten Bewegung von 1898, es kam zu keinen Verhandlungen über unseren eingereichten Vertragsentwurf. Wohl war unser Bezirksleiter dreimal in der Firma, zuletzt noch mit dem Vorsitzenden der Zentralkommission und pflog zirka 5 Stunden dauernde Rücksprachen, aber nur ganz unverbindliche Meinungen kamen zum Austausch. Deshalb ist gekommen, was nach Lage der Sache unausbleiblich war, der Ausstand begann. Seit dem 12. August sind wir schon in Verbindung mit der Firma. Der Abgang des Personals machte auf die zahlreichen Hilfsarbeiter der Firma und die sonstigen Passanten der Landstraße ersichtlich tiefen Eindruck. Denn wenn Leute, die bis zu 28 Jahren in einem Geschäft arbeiten, mit Sack und Pack abziehen, muß triftiger Anlaß dazu vorhanden sein. Die in den Ausstand getretenen 31 Mann haben eine Gesamtdienstzeit von rund 500 Jahren hinter sich. Der Streit ist in der Hauptsache ein Lohnstreit und das hat wohl dieses erhebende Beispiel von Solidarität zeitig. So ganz ungeteilt sollte dieses allerdings nicht sein. Unser Mitglied Kuntze und das Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes Kuntik hatten zwar die Kündigung unterschrieben, fielen aber dann um. Sonst wäre in dieser Beziehung nur noch von einigen »Rittern trauriger Gestalt« Notiz zu nehmen. Das soll demnächst geschehen. Wir werden auch noch über das wohl einzig dastehende Lohnsystem mit all seinen Verklammerungen berichten. Bemerken wollen wir aber heute schon, daß die Erfüllung unseres Begehrens der Firma nicht etwa unmöglich ist. Der verstorbene Seniorchef hat ein ganzes Paket von Millionen Mark Mehrheit hinterlassen und auch sonst werden noch schöne Summen als Zuwendungen, allerdings nicht an Arbeiter, ausgeworfen. Die Firma würde darum wohl besser tun, diese Gelder denen zu geben, die sie verdienen müssen. Damit und mit Anerkennung der Organisationsvertretung wäre der Konflikt sofort beendet. Die Firma mit ihren Filialen in Zweinfurth, Teplitz und Mitau in Rußland ist natürlich gesperrt.

## Feuilleton.

### Nach Amerika.

Reisebriefe.

(Fortsetzung statt Schluß).

27. VIII. 09.

Aus den fröhlichen Gesichtern, die gestern Mittag die Promenaden-Decks bevölkerten, ist im Laufe

des Nachmittags so manches besorgt geworden. Die Seekrankheit ging um. Heute früh sah man viel Menschliches und Allzumenschliches. Was aus den verschiedenen Kajüten herausklang, war allerdings öfter unmenschlich. Ein Wunder ist es nicht, wenn das Auge keine ruhige Linie sieht, Bewegung und Schwankung wohin es auch blickt, es wirkt doch auf den Menschen ein. Dazu die andauernde Vibrationsmassage. Und wenn einem unvermutet der Boden unter den Füßen wegfällt, um dann ebenso unvermutet wieder empor zu steigen, dann durchzieht den ganzen Körper mit der Zeit doch ein unbehagliches Gefühl.

Auf Deck herrschte wieder ein abwechslungsreiches Treiben. Alt und Jung — wir haben viele Kinder an Bord — spielt. Die Deutschen sind daran erkenntlich, daß sie Karten spielen, die vielen Amerikaner, die von ihrer Europareise nach Hause fahren, haben andere, m. E. bessere Unterhaltung. Sie werfen mit kleinen Sandsäcken nach einem mit Nummern versehenen Brett, Sieger ist, wer die höchste Punktzahl erreicht. Ähnlich ist ein anderes Spiel. Runde Scheiben werden auf dem Fußboden nach einer mit Quadraten und Nummern versehenen Stelle geschleudert, dabei gilt es nicht nur die höchste Punktzahl zu erlangen, sondern es muß auch versucht werden, die Scheiben des Gegners aus dem Feld hinauszuschleudern. In einer anderen Ecke werden aus Tausenden gefertigte Ringe geworfen; wem es gelingt, die größte Zahl auf einen aufgestellten Pfahl zu werfen, der hat gewonnen.

Dazwischen hindurch erklingen die Weisen der Schiffsmusik. Unter den Stewards befinden sich verschiedene Musiker. Zweimal täglich ist Konzert. Mittags gegen 11 Uhr ist Promenadenkonzert an Deck, abends neun Uhr wird im Speisesaal konzertiert. Neben diesem stehen den Passagieren der 2. Kajüte als Gesellschaftsräume noch der Damen-salon — auch den Männern zugänglich — und der Rauchsalon zur Verfügung. Im Rauchsalon wird

nicht nur geraucht, sondern auch tüchtig gekneipt. Es ist charakteristisch, daß fast nur deutsch darin geredet wird. Soweit meine Beobachtung reicht, sind die Deutschen auch am selbsthatesten. Um zwölf Uhr nachts ist — Polizeistunde —, aber bis dahin wird auch deutscher Skat gedroschen oder zur Abwechslung ein deutsches Lied gesungen.

25. VIII. 09.

Beachtenswert ist, wie die Abfütterung der Passagiere organisiert ist. Der Speisesaal der II. Klasse hat 310 Sitzplätze. Da darin ungefähr die doppelte Zahl essen soll, so ist die Sache so geordnet, daß es einen ersten und einen zweiten Tisch gibt, d. h. die Passagiere sind in zwei nach einander essende Hälften geteilt. Jeder Passagier hat seine bestimmte Platznummer und diese Einteilung gilt für die ganze Fahrt. Abweichungen sind nicht gestattet und deshalb regelt sich alles wunderbar glatt. Von sechs Uhr früh ab gibt es Kaffee für die Frühaufsteher, dann folgt 1/8 bzw. 1/9 Uhr Frühstück; 1/12 bzw. 1/11 Uhr wird Mittag gegessen, 1/6 bzw. 1/7 Uhr gibt es Abendbrot. Im Laufe des Nachmittags kann Kaffee getrunken werden. In den Zwischenzeiten wird in den Salons und auf Deck Bouillon und belegtes Brot herumgereicht. Das Essen ist sehr reichlich und ganz vorzüglich. Wenn man die Leute essen sieht, kann man beinahe begreifen, warum die Dividenden des Norddeutschen Lloyd so niedrig sind.

Mit der Zeit sind sich die Passagiere auch menschlich näher getreten. Es bilden sich bestimmte Gruppen und die großen und kleinen Sorgen, die den Einzelnen bekümmern, werden besprochen. Große und kleine — meistens große Pläne werden geschmiedet, nach denen sich das Leben in der neuen Welt gestalten soll.

Bei unserer Gruppe befindet sich ein fesches Weaner Weibchen, die einen ganz besonderen Kummer hat. Ihr Mann ist schon vor ihr hinüber gegangen

und sie reist nun nach. Sie will noch nicht drüber bleiben, sie will nur erst mal schauen. Der Mann hat, als er hinüber ging, seine Pfeife zu Hause gelassen und die hat nun die Frau bei sich. Ich finde, daß der Mann sehr unvorsichtig war, umso-mehr gefällt mir der Familiensinn der Frau, die dieses unentbehrliche Requisite ihm nachträgt. Aber jetzt kommt der Haken. Die Pfeife ist sonderbarer-weise noch ganz ungebraucht und die Frage ist, muß das Ding verrottet werden oder nicht. Wir haben der Frau geraten, sie zu deklarieren, denn am Ende würde sie gar konfiziert und das Elend wäre dann ganz unabsehbar.

(Schluß folgt.)

### Eingänge.

**In Freien Stunden.** Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Heft 37 und 38. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 68. Preis pro Heft 10 Pf., Vierteljahrespreis 1,20 Mk.

**Der Föhn.** Eine tirolische Kunstzeitschrift. Erstes September-Heft 1909. Verlag „Der Föhn“, Innsbruck. Abonnementspreis 3 Mk. vierteljährlich.

**Der Naturarzt.** Zeitschrift des Bundes der Vereine für naturgemäße Lebens- und Heilweise (Naturheilkunde). E. V. Schriftleitung: Dr. med. Fr. Schönenberger und W. Sieger in Berlin. Expedition: Berlin SW. 11. 37. Jahrgang, No. 10. Auflage 152000. Preis jährlich 3 Mk. Probenummern frei.

**Deutscher Transportarbeiterverband.** Protokoll des 6. Verbandstages. Abgehalten vom 6. bis 12. Juni 1909 im Mathäer-Bräu zu München. Berlin 1909. Verlag der Buchhandlung „Courier“, Berlin SO., Engelhufer 21. 296 Seiten 8<sup>o</sup>.

### Chiffre-Inserate

finden auch unter der Rubrik Stellengesuche im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr. **Die Expedition.**

### Stellengesuche

### Tüchtiger Photograph

für Strich, Auto und Dreifarben, sucht Stellung. [1,05] **Wilh. Riegger, Karlsruhe (Baden),** Winterstr. 18.

### Tüchtiger Drei- und Vierfarbenätzer

welcher auch im Fertigmachen Erfahrung besitzt, sucht Stellung. Gebl. Offerten an **Eduard Söltel, Nürnberg,** Reindelstraße 5b. [1,80]

### Stellenangebote

### Ia. Maschinen-Retuscheure

und tüchtiger **Positiv-Retuscheur** per sofort in dauernde Stellung gesucht. **A. Krampolek, Wien IV/2,** Kunstanstalt. [2,40]

Gesucht per sofort **tüchtiger** [2,10]

### Pos.-Retuscheur

für Maschinen-Retusche. Angebote und Angabe der bisherigen Tätigkeit an **Brunotte & Keese, Düsseldorf.**

### 2 tüchtige Farbätzer

somit gesucht. [1,50] **Gustav Dreher, Stuttgart,** Württemberg. Graph. Kunstanstalt.

### Für sofort gesucht: tüchtige Fertigmacher und perfekter Andrucker

für **Drei- und Vierfarbenplatten.** Zeugnisabschriften und Lohnansprüche an **Römmler & Jonas, G. m. b. H., Dresden-A. 16.** [4,80]

### Für unsere neuingerichtete lithographische Abteilung suchen wir einen tüchtigen lithogr. Maschinenmeister

für **ff. Merkantil und Chromo**, welcher in der ersten Zeit auch Andrucke und Umdrucke mit zu übernehmen hätte. Nur wirklich tüchtige Kräfte wollen Angebote unter Vorlage von Mustern und Zeugnisabschriften sowie Angabe des Alters und der Gehaltsansprüche einreichen. [4,80] **Hofbuchdruckerei Weiß & Hameier, Ludwigshafen a. Rh.**

### Verschiedenes

### Plätt-Maschine, Ziehbank

oder auch ganze **Formstecherei-Einrichtung** zu kaufen gesucht. Ausführliche Off. mit Preisangabe erbeten unter **L. W.** befördert die Expedition der „Gr. Pr.“ [1,05]

### Wir suchen noch einige Positiv-Retuscheure

für nur erstklassige Maschinenretuschen zum möglichst baldigen Antritt in dauernde Stellung. [3,90] **Böhme & Co., G. m. b. H., Magdeburg.**

### Prima Spezial-Kopier-Farbe

für **Auto und Strich** gibt kupferbraune Schicht, Durchätzen vollständig ausgeschlossen. Fortwährende Nachbestellung beweisen die Güte der Farbe. 1/4 kg **Mk. 6,—** [3,—] **Locher & Kurz, Graph. Anstalt, Stuttgart, Bismarckstr. 55a.**

**Bettmässen!** Befreiung garantiert sofort. Auskunft umsonst. Alter, Geschlecht angeben! **Institut „Sanitas“, Velburg [240] (Bay).** [1,20]

### Die neuesten Vorlagen

für das **graphische Gewerbe** stets vorrätig bei [2,10] **C. F. Schulz & Co., Plauen, Kunstgewerbe-Buchhandlung** Bitte portofreie Ansichtssendung unter Angabe des Bedarfs zu verlangen

### Verbandsnachrichten

Die Adresse des Arbeitsnachweisverwalters, Auskunftserteilers und Kass. der Lichtdrucker Berlins, Kollegen **Fr. Hoenniger**, befindet sich jetzt: **Berlin SO. 26, Elisabethufer 49, Rg.**

Kollegen und Verwaltungs-Vorstände, denen die Adresse des

### Heinrich Ladwein,

Steindrucker aus Lahr i. Baden bekannt ist, bitte ich höfl., mir dieselbe gütigst mitteilen zu wollen. Porto usw. wird dankbar vergütet. **Fr. A. Hüber, Schramberg,** [1,50] Hauptstr. 12.

Der heutigen Auflage liegt ein Prospekt der Firma **Clemens Müller, Berlin S. 42,** bei.

G. S.

## Jedem das Seine!

Der Firma Vorteil im Preis — dem Schleifer Vorteil bei der Arbeit

bringt mein

# Germanen-Schleifstein

Das tadelloseste und billigste Schleifmaterial. [33,60]

No. 3 mittelfein, für alle Zwecke . . . . . Preis ab 1. Oktober 1909  
 No. 4 mittel, zum Vorschleifen . . . . . **Mk. 1.—**  
 No. 5 fein, zum Nachschleifen und Polieren

Clemens Müller, Berlin SW. 42, Schleifstein-Fabrik.

G. S.

Wunderbar reiner Schliff. Vollständiger Ersatz für Natur-Bimsstein.

Schnelle leichte Arbeit. Kritzer ausgeschlossen.